

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Discussion Paper

C283
2024

Wilhelm Haferkamp

**Europäische Integration
aus historischer
Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-9825496-1-3

Wilhelm Haferkamp (geb. 1. Juli 1923 in Duisburg; gest. 17. Januar 1995 in Brüssel), wurde nach dem Abitur 1942 zur Wehrmacht eingezogen und geriet später in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er verwundet heimkehrte. Von 1946 bis 1949 studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Von Beruf war er Gymnasiallehrer. Von 1955 bis 1960 war Haferkamp Mitglied des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Als Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen amtierte er von 1957 bis 1962 als Landesvorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen sowie im Anschluss bis 1966 und abermals 1967 für drei Monate als Landtagsabgeordneter von Nordrhein-Westfalen. Bis in dieses Jahr war er auch Hauptabteilungsleiter für Wirtschaftspolitik im DGB-Hauptvorstand. Von 1967 bis 1973 war Haferkamp EG-Kommissar für Energie und von 1970 bis 1973 auch für den Gemeinsamen Markt zuständig. Im Anschluss agierte er bis 1977 in der EG-Kommission für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt. Anschließend übernahm Haferkamp die Funktion eines Außenkommissars bis 1985 und war in der Phase von 1970 bis 1985 als Vizepräsident der Kommission zuständig für Binnenmarkt und Rechtsangleichung, Statistisches Amt sowie mit dem Wirtschafts- und Finanzressort beauftragt. Von 1976 bis 1995 war Haferkamp Mitverleger der Neuen Ruhr Zeitung. Im Jahre 1984 erhielt er das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich und 1986 das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Michael Gehler, geboren 15. Januar 1962 in Innsbruck, außerordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Institut für Zeitgeschichte, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1999-2006); Ordentlicher Professor, Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Geschichte, Jean-Monnet-Chair für Neuere und Neueste Deutsche und Europäische Geschichte (seit 2006); Direktor des Instituts für Neuere und Neueste Geschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Wien (2013-17); seit 2021 auch Professor an der Andrassy Universität Budapest, zahlreiche Bücher zur Geschichte der Imperien, österreichischen, deutschen und europäischen Neueren und Neuesten Geschichte, zu den internationalen Beziehungen mit Bezug zum Kalten Krieg, zur deutschen Einheit, europäischen Integration sowie transnationalen Parteikooperation von Christdemokraten und Konservativen in Europa und zur Südtirolfrage.

Wilhelm Haferkamp

Europäische Integration aus historischer Erfahrung¹

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Sehr geehrter Herr Haferkamp! Sie wurden am 1. Juli 1923 in Duisburg geboren. Sie sind als deutscher Gewerkschafter und SPD-Politiker bekannt. Nach dem Abitur 1942 wurden Sie zur Wehrmacht eingezogen und gerieten später in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der Sie verwundet nach Deutschland zurückkehrten. Von 1946 bis 1949 studierten Sie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Anschließend waren Sie von 1955 bis 1960 Mitglied des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Als Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen waren Sie von 1957 bis 1962 Landesvorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen und im Anschluss bis 1966 und erneut 1967 für drei Monate Landtagsabgeordneter von Nordrhein-Westfalen. Bis in dieses Jahr waren Sie auch Hauptabteilungsleiter für Wirtschaftspolitik im DGB-Hauptvorstand. Dann beginnt eine Phase, die für unser Gespräch besonders bedeutsam ist: Von 1967 bis 1973 waren Sie EG-Kommissar für Energie und von 1970 bis 1973 auch für den Gemeinsamen Markt zuständig, der noch kein Binnenmarkt war. Im Anschluss wirkten Sie weiter bis 1977 in der EG-

1 Dieses Gespräch erfolgt im Rahmen der Zeitzeugengespräche „Europäische Integration aus historischer Erfahrung“, die alle ehemaligen Kommissare aus Deutschland in Interviews zu erfassen versucht. Bei bereits verstorbenen Kommissaren wurden ausgehend von deren zeitgenössischen Interviews, Publikationen, Schriften und Werken die Gespräche nachträglich rekonstruiert. In den Fußnoten zu den Antworten findet sich immer das Jahr der Aussage in Klammern, so dass eine historische Ein- und Zuordnung möglich ist. Die Antworten sind so tel quel übernommen worden wie sie im Original vorhanden waren.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Kommission für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt. Sie wurden dann für die Funktion eines Außenkommissars von 1977 bis 1985 zuständig und von 1970 bis 1985 auch Vizepräsident der Kommission. Blenden wir zunächst zurück in die Zeit des Kriegsendes. Sie waren 22jährig im Jahre 1945 und haben eine Ausgabe der Neuen Ruhr Zeitung aus dieser Zeit mitgebracht, deren Mitverleger Sie später von 1976 bis 1995 waren.

Haferkamp:

Diese Zeitung hat stets die Entwicklung Europas mit Engagement begleitet. Und das lange bevor an europäische Institutionen auch nur gedacht wurde. Sie tat das schon in der ersten Stunde ihrer Existenz. Die „Neue Ruhr-Zeitung, Nachrichten für Industriegebiet und Niederrhein, veröffentlicht unter Zulassung der Militärregierung“, bringt in ihrer ersten Ausgabe einen Leitartikel, in dem das Ziel gesetzt wird, dass die Völker Europas einmal ihr gemeinsames Haus finden müssen. Es wäre vielleicht gut, wenn wir uns kurz einmal vergegenwärtigen, in welcher Situation denn damals das geschrieben wurde. Denn in der gleichen Ausgabe der NRZ auf der ersten Seite wird gemeldet: Es gibt künftig nur noch 125 Gramm Butter und 75 Gramm Margarine, die Zuckerzuteilung wird um 250 Gramm, die Fischzuteilung um 300 Gramm vermindert, zum Ausgleich wird die Brotration um 2000 Gramm und die Fleischmenge um 30 Gramm erhöht. Wer weiß denn eigentlich heute noch, was das bedeutet? Die Zahlen galten nämlich nicht für ein Menü, sondern für einen Monat. Der größte Teil der Meldung aber ist der Tagung der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs gewidmet, die zu jener Zeit in Paris stattfand. Da erklärt der US-Außenminister: Wir können nicht dabei bleiben, Deutschland als vier luftdicht voneinander abgeschlossene Abteile zu verwalten und den Austausch von Gütern, Nachrichten oder sogar Ideen zu verhindern. Und in eben derselben Ausgabe spricht der Leitartikel – wir wiederholen es – von der Vision von Europa als historisch gewordene, moralisch, geistige und wirtschaftliche Einheit. Da wird von der gleichen Konferenz in der ersten Ausgabe berichtet, dass der französische Ministerpräsident und Außenminister den französischen Anspruch auf politische Trennung des Rheinlandes vom Reich begründete, und dabei eine Äußerung des Marschalls Foch aus dem Jahre 1919 zitiert:

Wilhelm Haferkamp

„Wenn Frankreich sich nicht für dauernd am Rhein festsetzt, dann kann keine Macht der Erde ihm rechtzeitig beistehen, um eine katastrophale Niederlage zu verhindern.“²

Gehler:

Wenn Sie die Anfänge der europäischen Einigungsidee und -politik Europas mit dem heutigen Stand vergleichen würden, wäre die Frage aufzuwerfen, wo wir heute stehen, zumal es trotz einer begeisterten Jugend für Europa anfänglich auch Misstrauen, Skepsis und Zweifel gegenüber der Integration Europas gab.

Haferkamp:

Hier drängt sich uns wohl allen die Frage auf, liegen zwischen jener Zeit und heute, liegen zwischen jenem Ausspruch des Misstrauens und der Furcht und der heutigen europäischen Zusammenarbeit nur 30 Jahre?

Allzu leicht wird ja vergessen, auf dem Wege nach Europa taten wir die ersten Schritte auf Straßen, die von Trümmerbergen besät waren und von Bomben umgepflügt, umgeben von Hunger, Not und Misstrauen. Auf dem Wege nach Europa konnte dann eines Tages diese Zeitung berichten von dem historischen Entwurf des Schuman-Plans. Und sie war noch keine vier Jahre alt, diese Zeitung, da hieß es am 11. Mai 1950 in ihrem Leitartikel unter der Überschrift „Die Union“: „Bisher hat das nationale Eigeninteresse der europäischen Staaten ein erstaunliches Beharrungsvermögen bewiesen und sich nicht immer, aber oft, als stärker erwiesen, als die Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Der Vorschlag der französischen Regierung hat das Aussehen und offenkundig auch die Wirkung eines revolutionären Aktes, eines Vorstoßes zu gemeinsamen europäischen Regelungen.“³

Gehler:

Wenn Sie sich wieder auf die Neue Ruhr-Zeitung (NRZ) beziehen, wie berichtete dieses Presseorgan über die folgenden Stationen der europäischen

2 Wilhelm Haferkamp, Auf dem Weg zu Europa. Rede anlässlich des 30jährigen Bestehens der NRZ, Düsseldorf – Wien 1976, S. 5-6.

3 Ebd. (1976), S. 6-7.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Integrationspolitik? Was änderte sich, wenn Sie diese vergangenen Zeiten mit heute vergleichen?

Haferkamp:

Die NRZ berichtet und kommentiert weiter die Schritte auf dem Wege nach Europa, den Vertrag von Paris, der die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl begründet, die Verträge von Rom, die die Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft legen. Die NRZ begrüßt diese Entwicklung, aber sie kritisiert durchgängig und nachdrücklich die Tatsache, dass die Bildung der Institutionen ohne ausreichende Mitwirkung und Kontrolle der Parlamente erfolgt. Auf dem Wege nach Europa sind wir mit der NRZ erst seit 30 Jahren, und doch die Anfänge Europas verschwimmen bereits in der Vergangenheit.

Den Schwung, den die Pioniere Europas hatten, zeigen ihre Nachfolger nur noch selten. An die Stelle der kühnen Entwürfe tritt Routine, und an die Stelle staatsmännischen Wagemutes tritt mehr und mehr das hinter Akten verschanzte Zögern der Bürokraten, und das nicht nur in Brüssel. Auf dem Wege nach Europa gibt es immer häufiger Steilstrecken – „bitte Kriechgang einschalten“ –. Es gibt Schlaglöcher – „Vorsicht Querrinnen“ heißt es da –. Da gibt es Haarnadelkurven mit gleichzeitiger Warnung vor Steinschlag und vor Rutschgefahr bei Nässe. Kombinationen, die das Vorankommen schon an sich arg behindern können, ganz besonders, wenn es plötzlich auch noch auf diesem Wege heißt: „Nur für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge.“⁴

Gehler:

Sie haben in der deutschen Gewerkschaftsbewegung keine unerhebliche Rolle gespielt. Was bleibt von der internationalen Gewerkschaftsgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg und wie würden Sie ihre Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg rekapitulieren auch hinsichtlich eines der gewerkschaftlichen Hauptanliegen, nämlich der Mitbestimmung?

Haferkamp:

Grundlegende Funktion der Mitbestimmung war und ist es, den

4 Ebd. (1976), S. 7-8.

Wilhelm Haferkamp

Arbeitnehmer aus der Situation zu befreien, in der er sich seit jeher befindet, nämlich als „Objekt“ wirtschaftlicher Tätigkeit stets der Willkür des Arbeitgebers unterworfen zu sein, und ihn in die Lage zu versetzen, ein Bürger seines Staates zu werden, der in seinen eigenen Angelegenheiten ein gleichberechtigtes Mitspracherecht hat, d.h. politische, soziale und wirtschaftliche Gleichheit genießt. Abhängig von den tatsächlich bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen werden die konkreten Forderungen zur Verwirklichung dieses grundlegenden Ziels von Zeit zu Zeit variieren.

Vor dem Ersten Weltkrieg ging es darum, das Recht des Arbeitnehmers, einer Gewerkschaft beizutreten, und die Anerkennung der Gewerkschaft als akkreditierte Vertreterin der unmittelbaren sozialen Interessen des Arbeitnehmers zu gewährleisten.

Nach dem Ersten Weltkrieg richtete sich der Kampf der Freien Gewerkschaften auf die Verwirklichung der „Wirtschaftsdemokratie“ durch die allmähliche Beseitigung des Arbeitgebers, der auf dem Kapitalbesitz beruhenden Konfession und die Umwandlung der Kontrollorgane der Wirtschaft von solchen, die privaten kapitalistischen Interessen dienen, in solche, die der Gemeinschaft dienen. Nach dem Ersten Weltkrieg forderten die christlichen Gewerkschaften eine kooperative Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der Grundlage der Gleichberechtigung in einer Gesellschaftsordnung, die auf Berufen und Ständen basiert.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fordern die Gewerkschaften die Mitbestimmung, frei von radikalen Klassenkampfideen, aber auch frei von Vorstellungen einer „harmonischen Partnerschaft“ – um die Demokratie durch die praktische Anwendung ihrer Prinzipien in der Wirtschaft zu festigen, um den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern, um die Interessen der Arbeitnehmer in Betrieb und Werkstatt, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft zu wahren und um zu einer besseren Regelung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zu kommen. Die Mitbestimmung kann nur im Rahmen der gesamten Gesellschaftsordnung wirksam werden. Isoliert wird sie kaum die Ziele erreichen können, die sie sich gesetzt hat. Dies gilt insbesondere für die

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Beteiligung des Arbeitnehmers an wirtschaftlichen Entscheidungen in einzelnen Unternehmen.

In einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aber, die den Arbeitnehmer als Bürger mit gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten anerkennt, wird die Mitbestimmung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die freiheitlichen und demokratischen Grundsätze unserer geschriebenen Verfassung zu einem unangreifbaren Bestandteil des geistigen Rüstzeugs unseres Volkes geworden sind.⁵

Gehler:

Welchen Beitrag konnte hierzu das Düsseldorfer Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von 1963 leisten, wenn man bedenkt, dass die Forderung nach Mitbestimmung seit den Verhandlungen über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bereits im Raum stand?

Haferkamp:

Die Mitbestimmung kommt im Düsseldorfer Programm des DGB in mehreren Abschnitten vor. Sowohl in der Präambel als auch im Abschnitt „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ wird die Bedeutung der Mitbestimmung im Gesamtbild des gewerkschaftlichen Gesellschaftskonzepts als wesentlicher und unanfechtbarer Bestandteil eines demokratischen Rechtsstaates klar definiert. Solange sie nicht in allen Bereichen verwirklicht ist, erreichen wir vielleicht einen demokratischen Formalismus, aber keine wirklich demokratische Lebensform. Es gibt viele, die unseren Wunsch nach Mitbestimmung nicht oder nur schwer verstehen können, die immer noch der Meinung sind, die Demokratie müsse am Werkstor aufhören, zumal der Arbeiter ohnehin „unfähig sei, die komplizierten Probleme unserer Wirtschaft zu verstehen“, aber diese Haltung wird unseren Fortschritt nicht aufhalten können.

5 Co-determination in the Basic Programme of the German Trade Unions. Adress delivered by Wilhelm Haferkamp in Cologne on April 15th, 1964 on the occasion of the celebration of the 10th Anniversary of the Hans Böckler Society [DGB, 1964], S. 23-24. Die englisch gehaltenen Ausführungen Haferkamps wurden ins Deutsche rückübersetzt.

Wilhelm Haferkamp

Der Widerstand gegen die Mitbestimmung, den einige industrielle Autokraten an den Tag legen, äußert sich gelegentlich auf seltsame Weise. Es gibt Außenstehende, die den Gewerkschaften vorwerfen, sie wollten eine „Betriebsdemokratie“ oder eine Form des Syndikalismus einführen und würden auf einer Art Plebiszit der Belegschaft bestehen, bevor wichtige Managemententscheidungen getroffen werden können.

So lächerlich solche Verzerrungen des Mitbestimmungsgedankens auch sein mögen, ihr Zweck ist mehr als deutlich. Indem man die Mitbestimmung als primitive oder grobe Form der Demokratie karikiert, hofft man, sie einer ernsthaften Diskussion zu entziehen. Tatsächlich kann die Mitbestimmung, in welcher Form auch immer, nur durch delegierte Autorität wirksam werden. So wie die Betriebsräte, die sich auf das Vertrauen ihrer Kollegen stützen, deren Interessen gegenüber der Unternehmensleitung vertreten, so sind ihre Vertreter in den Aufsichtsräten die Wahrer ihrer Interessen, ohne dass sie sich in jeder einzelnen Angelegenheit an sie wenden oder ihnen Bericht erstatten müssen.⁶

Gehler:

Man kann sich an dieser Stelle auch fragen, wie – wenn es anders sein würde – denn dann die Ausübung der Demokratie überhaupt möglich wäre?

Haferkamp:

So wie die Mitbestimmung nicht bedeuten kann und nicht bedeuten soll, dass den Industrieunternehmen eine grobe und starre Form der Demokratie aufgezwungen wird, so treten die Gewerkschaften auch nicht für eine starre und einheitliche Anwendung auf alle Unternehmen und Betriebe ohne Rücksicht auf deren Art, Größe und Bedeutung ein. Seit Jahren fordern sie die Mitbestimmung nur in den Aufsichtsräten und Vorständen derjenigen Unternehmen, die zwar relativ klein, aber wirtschaftlich bedeutend sind und die man als Großunternehmen bezeichnen kann. Nur hier soll eine volle paritätische Mitbestimmung angestrebt werden. Bei allen anderen Unternehmens- und Betriebstypen wird eine der Größe und Bedeutung entsprechende Ausgestaltung gefordert. Die Mitbestimmung wird ihr Ziel

6 Ebd. (1964), S. 16-17.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

der Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens nicht erreichen, wenn sie einfach eine Kontrollgruppe durch eine andere ersetzt. Sie muss vielmehr unmittelbar auf den Geist des Unternehmens, in dem sie tätig ist, sowie auf das Verhalten und die Haltung der in ihm beschäftigten Menschen einwirken. Sie würde, wie einer der führenden Funktionäre der alten Gewerkschaftsbewegung vor vielen Jahren sagte, „ihren Sinn verlieren, wenn sie zu einem bloßen Automatismus würde“. „Sie würde ihren Sinn verlieren, wenn sie nur um des Prinzips der Mitbestimmung willen erreicht würde“, sagte Hans Gottfurcht in seiner Rede vor einer internationalen Versammlung in der Sozialakademie in Dortmund.

Die Erfahrungen aus der Anwendung der Mitbestimmung in der Montanindustrie sind ein hervorragender Anhaltspunkt dafür, was man mit ihr machen kann. In allen Fällen, in denen z.B. bauliche Veränderungen vorgenommen werden mussten, die zum Teil weitreichende Maßnahmen für die Belegschaften erforderlich machten, konnten stets zufriedenstellende Lösungen gefunden werden.

Nach modernstem gewerkschaftlichen Denken kann die Mitbestimmung niemals nur eine Angelegenheit einzelner Gruppen sein. Sie muss, sei es in einem einzelnen Betrieb oder Unternehmen, sei es in der gesamten Wirtschaft, nicht nur die Arbeitnehmer, sondern die gesamte Gemeinschaft berücksichtigen: Sie mag hier und da die kurzfristigen Interessen der unmittelbar betroffenen Gruppen fördern, muss aber auf Dauer auf das Gemeinwohl gerichtet sein. Auf diese Weise wird es dazu dienen, das in vielen Bereichen unseres öffentlichen Lebens herrschende System des unbegrenzten und rücksichtslosen Wettbewerbs auszugleichen.

Das Düsseldorfer Grundsatzprogramm fordert nicht nur eine Ausweitung der Mitbestimmung in den Kontrollgremien der Großkonzerne, sondern auch eine Ausweitung der Rechte und Pflichten der Betriebsräte sowie die Anwendung der Mitbestimmung oberhalb der Betriebs- und Unternehmensebene.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um eine grundlegende Reform des Gesellschaftsrechts hat der DGB detaillierte Vorschläge für eine gewerkschaftliche Mitwirkung in den Kontrollorganen der Unternehmen

Wilhelm Haferkamp

(Verwaltungsrat etc.) unterbreitet, und im Zusammenhang mit geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes hat er auch Forderungen nach einer Ausweitung der Kontrolle auf der betrieblichen Ebene erhoben. Forderungen nach einer Mitbestimmung oberhalb der Betriebs- und Unternehmensebene hat er jedoch – abgesehen von den Vorschlägen im Programm 1950 – noch nicht vorgelegt.⁷

Gehler:

Was bedeuten diese Erkenntnisse transferiert auf die europäische Ebene wenn wir an die EGKS oder die EWG denken?

Haferkamp:

Wir werden auf diesen höheren Ebenen Formen der Mitbestimmung anstreben, die unseren bestehenden und zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtungen entsprechen. So muss, ausgehend von der im Grundsatzprogramm enthaltenen Forderung nach der Aufstellung eines Volkswirtschaftsplanes, eine angemessene Vertretung der Gewerkschaften bei der wichtigen Aufgabe der Festlegung einer planvollen, zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik sichergestellt werden. Dazu gehört eine rechtzeitige und wirksame Einflussnahme der Gewerkschaften auf die von der EWG-Kommission angedachte „intermediäre Wirtschaftspolitik“ und die jüngst vom Wirtschaftsbeirat des Bundeswirtschaftsministeriums vorgeschlagene „Wirtschaftsprognose für die Zwischenzeit“.

Dies könnte z.B. leicht in Form der in den USA seit langem bewährten „Hearings“ geschehen, bei denen sich Parlament und Regierung die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Behandlung unmittelbarer wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen sichern.

Die Erfahrungen der verschiedenen beratenden Gremien auf europäischer Ebene, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wirksam vertreten sind, sind ebenfalls positiv zu bewerten. Sowohl die Arbeit des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) als auch die des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stellen ein sehr beachtliches, wenn auch

7 Ebd. (1964), S. 17-18.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

noch unzureichendes Maß an Zusammenarbeit dar.

Andererseits befürworten wir nicht die Einrichtung so genannter „Arbeiterkammern“. Solche Kammern neigen dazu, in die Zuständigkeit der Gewerkschaften einzugreifen, und sie bieten eine Plattform für kleine und unbedeutende Splittergruppen. Darüber hinaus wird durch die Einrichtung von Arbeiterkammern das Problem der Industrie- und Handelskammern nicht gelöst, die zwar ausschließlich den Interessen der Unternehmer gewidmet sind, aber weiterhin als Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragene staatliche Aufgaben wahrnehmen.

Das Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB macht zwar deutlich, dass die Mitbestimmung eine seiner Hauptforderungen ist, es macht aber ebenso deutlich, dass es sie nur als einen Baustein unter mehreren einer neuen Gesellschaftsordnung und nur als ein Instrument unter vielen sieht. Neben der Mitbestimmung nennt das Programm als wesentliche Faktoren der Wirtschaftspolitik: einen Nationalen Wirtschaftsplan, eine verbesserte öffentliche Haushalts-, Steuer- und Abgabenpolitik, kontrollierte Investitionen, freie und uneingeschränkte öffentliche Versorgungsbetriebe und Unternehmen in öffentlicher Hand sowie eine Kombination von Planung und freiem Wettbewerb.

Die Mitbestimmung wird weder mit der Befugnis ausgestattet, sie zum allein bestimmenden Element unserer Gesellschaftsordnung zu machen, noch wird sie das einzige Instrument innerhalb der Gesellschaftsordnung sein. Es würde ihr vielmehr eine größere Last auferlegt, als sie tragen könnte, wenn andere Elemente unserer Gesellschaftsordnung sich aktiv gegen sie stellen oder versuchen würden, sie zu neutralisieren. So wurde z. B. die volle Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte in der Montanindustrie während der Konzentrationswelle der letzten Jahre dadurch erheblich erschwert, dass die Konzentrationstendenzen ihren Ursprung in der Steuer- und Finanzpolitik der Mehrheit des Bundestages hatten, d. h. trotz der DGB-Vertretung in den Leitungsgremien der beiden Branchen stattfanden.

Solange die Mitbestimmung nur in zwei Branchen voll wirksam ist, können die mit ihr angestrebten sozialpolitischen Ziele ohnehin nur unzureichend

Wilhelm Haferkamp

erreicht werden.⁸

Gehler:

Kommen wir zu den 1970er Jahren. Wie würden Sie 1974 nach dem Ölpreisschock den Zustand der Europäischen Gemeinschaft beschreiben?

Haferkamp:

Die Europäische Gemeinschaft ist in den letzten Wochen arg ins Gerede gekommen. Krisenmeldungen über Europa sind seit einiger Zeit Dauerthema. Schlagzeilen verkünden: „Europa ist krank“, „Zusammenbruch des europäischen Agrarmarktes“, „Vor dem Ende der Gemeinschaft“. Konfrontationen im Ministerrat, Krisensitzungen, Gipfeldinner der Regierungschefs, Kritik an der Kommission und der Brüsseler Bürokratie gehören zu den täglichen Nachrichten. Gewiss möchte man wünschen, dass all dies eine weniger negative Tonlage hätte. Aber immerhin zeigt diese Fülle von Nachrichten, Kommentaren und Erklärungen über und zu Europa, dass Politiker, Wirtschaftler und Journalisten engagiert sind: Denn: Wer beschäftigt sich schon so intensiv mit etwas, was ihm gleichgültig wäre? Liegt die Ursache – für manche vielleicht unbewusst – in der Erkenntnis, dass wir Europa mehr denn je brauchen angesichts der weltweiten Wandlungen und Schwierigkeiten, vor denen wir jetzt und in den nächsten Jahren stehen?⁹

Gehler:

Um welche zentralen Fragen geht es und worin bestehen die entsprechenden Probleme?

Haferkamp:

Die Größe und die verändernde Gestalt der auf uns zukommenden Probleme fordern uns heraus, zu fragen: Erfordert der Ernst der Lage in den europäischen Industrieländern nicht gebieterisch mehr Zusammenarbeit und

8 Ebd. (1964), S. 18-19.

9 Wilhelm Haferkamp, Wachstumssicherung durch Kooperation, in: Weltwirtschaft unter Strukturzwang. DIHT-Vollversammlung am 11. Oktober 1974, Bonn 1974, S. 13-26, S. 13.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Solidarität bei der Eindämmung der weltweiten Krisen und der Überwindung der Spannungen? Reichen die vorhandenen Instrumente und Institutionen aus, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden?¹⁰

Gehler:

Welche Rolle spielt dabei der Ölpreisschock und wie ordnen Sie diesen in den Gesamtkontext ein?

Haferkamp:

Der erste Schock der Ölkrise vom Oktober 1973 mag heute überwunden sein. Nach einem Jahr sieht es oberflächlich so aus, als ob wir mit dem Größten fertig geworden wären. Die große Krise und der Zusammenbruch unserer Wirtschaft haben nicht stattgefunden. Wer aber die Auswirkungen der Ereignisse des letzten Jahres näher untersucht, erschreckt über die Größenordnungen und Perspektiven jener Veränderungen, denen die Industrie- und Entwicklungsländer heute gegenüberstehen.¹¹

Gehler:

Inwiefern können wir von einer Zeitenwende durch den Nahostkrieg von 1973 sprechen?

Haferkamp:

Der Yom-Kippur-Krieg hat weit mehr ausgelöst als nur das arabische Erdölembargo und eine Verdrei- bis Vervielfachung der Erdölpreise. Er hat dramatisch eine neue Epoche eingeläutet. Diese hat sich bereits viel früher angekündigt: mit Warnungen vor der Verschwendung knapper Rohstoffe; mit Verknappungen und heftigen Preisanstiegen für die meisten Rohstoffe; mit Verteuerungen von Nahrungs- und Futtermitteln; mit Spekulations- und Vorratskäufen. Seit dem Oktoberkrieg 1973 haben sich die Welt und unsere Stellung darin verändert. Waren die dem Krieg folgende Erdölkrise und das Verhalten der europäischen Staaten in ihr der Anfang vom Ende Europas als politische Macht? Oder sind wir noch einmal davongekommen und haben eine neue Chance erhalten? Was hat sich verändert? Mit welchen

10 Ebd. (1974), S. 13.

11 Ebd. (1974), S. 14.

Wilhelm Haferkamp

Auswirkungen müssen wir wahrscheinlich rechnen?

Mit dem Auftreten eines Rohstoffproduzentenkartells ist das weltpolitische Gleichgewicht erschüttert worden; das Entstehen neuer Kartelle ist nicht ausgeschlossen. Die Erdölexportländer haben in dem Verteilungskampf um einen größeren Anteil am Sozialprodukt der Industrieländer eine neue weltweite Dimension eingeführt. Gleichzeitig werden diejenigen Entwicklungsländer in ihrer Existenz bedroht, die weder über eigene Energiequellen noch über andere Rohstoffe verfügen. Verringerte Entwicklungshilfe, verteuerte Energieimporte und Kunstdüngerkosten, Kapitalmangel und weltpolitische Unsicherheiten machen sie noch schwächer und ärmer als sie bereits sind. Die Erdölproduzenten werden dagegen nach der Erdölexplosion fast über Nacht mit Reichtum überschwemmt, den sie – wenn überhaupt – nur auf längere Sicht in ihre eigenen Länder umleiten, d.h. in Form höherer Importe absorbieren können.¹²

Gehler:

Sie sprechen von der Organisation erdölexportierender Länder bzw. der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC). Wie wird sich diese internationale Organisation weiterentwickeln und was ist von ihr zu erwarten?

Haferkamp:

Allein 1974 werden die OPEC-Länder über 65 Mrd. überschüssige, d.h. anlagesuchende Petro-Dollar verfügen; die Hälfte davon wird fünf Ländern zufließen, nämlich Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen, Abu Dhabi und Qatar. Nur um die Größenordnung dieser Summe deutlich zu machen: der Nettobuchwert der gesamten Auslandsinvestitionen der Vereinigten Staaten erreicht heute nur knapp diese Höhe, aber diese Investitionen wurden im Verlauf von rund 50 Jahren angesammelt und sind über Hunderte von Gesellschaften gestreut. Nach Schätzungen der Weltbank wird die Summe der Devisenreserven und Auslandsinvestitionen der OPEC-Länder von 24 Mrd. \$ im Jahre 1973 auf mehr als 600 Mrd. \$ bis 1980 steigen. Auch ohne

12 Ebd. (1974), S. 14-15.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

ein weiteres Ansteigen der Rohölpreise werden sich in den kommenden Jahren bei den Ölländern riesige Summen ansammeln. Einige wenige Ölländer werden über das Wohlergehen von Industriezweigen, Ländern und Währungen entscheiden können.¹³

Gehler:

Welche Folgen wird das für die übrige Welt haben und welche Perspektiven sind einerseits denkbar und andererseits eher unwahrscheinlich?

Haferkamp:

Der frühere US-Schatzminister Shultz sprach davon, dass der Erdölpreisanstieg für viele Staaten Probleme aufwirft, die buchstäblich „unmanageable“ sind. Die Hoffnungen auf eine Reform des Weltwährungssystems sind bereits für lange Zeit begraben. Wir werden mit den Unsicherheiten einer ohnehin in Unordnung geratenen Handels- und Währungsordnung und zusätzlichen Gefahren für den Welthandel und den Kapitalverkehr noch lange weiterleben müssen. Ob wir bald zu einer stabilen Ordnung und einem Regelwerk ähnlich dem der 50er und 60er Jahre zurückfinden werden, bleibt fraglich. Es mehren sich die Stimmen, die befürchten, dass ohne eine erhebliche Ölpreissenkung das Gefüge des Welthandels gefährlich gestört bleibt und eventuell sogar mit einem Kollaps der bestehenden Handels- und Währungsrelationen zu rechnen ist. Damit wären ernsthaft die Wohlfahrt und die Beschäftigung der Industrieländer bedroht.

Solche Perspektiven sind vorerst wenig wahrscheinlich. Auch die Erdölexportländer müssen an der Aufrechterhaltung einer funktions- und leistungsfähigen Weltwirtschaft ein Interesse haben. Es wäre unklug, das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legen soll. Es wäre auch unheilvoll, den Ölländern nachzugeben, die eine Verkoppelung des Ölpreises mit dem allgemeinen Preisanstieg der Industrieländer fordern. Damit würde ein Inflationstreibsatz geschaffen, dessen Wirkungen man sich nur allzu leicht ausmalen kann. Besser ist es – auch aus diesem Grunde – das

13 Ebd. (1974), S. 15.

Wilhelm Haferkamp

erschreckende Ausmaß der Inflation in der westlichen Welt schnell auf ein vernünftiges Maß herabzudrücken.¹⁴

Gehler:

Welche Lösungen bieten sich an und welche kommen nicht in Frage?

Haferkamp:

Konfrontation und Wirtschaftskriege bieten keine Lösungen. Nur auf der Grundlage einer engen und echten Zusammenarbeit zwischen den Verbraucher- und Produzentenländern lassen sich vernünftige Auswege finden. Die Länder der Gemeinschaft können dabei einen wichtigen technischen und politischen Beitrag leisten. Technisch: weil wir den Ölländern know-how und Güter für ihre Entwicklungs- und Industrialisierungspläne bieten können. Politisch: weil Europa noch immer eine Rolle neben den Großmächten spielen kann. Außerdem ist eine Diversifizierung und Risikostreuung der Geldanlagen auch für die Ölproduzenten von Vorteil.¹⁵

Gehler:

Was ergibt sich daraus für die Beziehungen Europas zur OPEC und welche Folgen bestehen für die EG-Mitglieder?

Haferkamp:

Die technische, finanzielle und politische Zusammenarbeit zwischen Europa und den Ölexportländern hat aber dann gewiß keinen Erfolg, wenn jedes einzelne Mitgliedsland der Gemeinschaft sich mit Sonderbeziehungen „Lieb-Kind“ zu machen versucht. Sie bleibt auch Leerformel für Diplomatenkonferenzen, wenn sie nicht in konkrete Aktionen umgesetzt und von Institutionen mit Handlungsvollmachten durchgeführt wird. Ein gleichwertiger Partner sind wir nur, wenn wir nicht im Streit miteinander liegen und nicht argwöhnisch den nationalen Nutzen verteidigen, statt solidarisches Verhalten und Gesamthaftung zu beweisen.

Nur ein Beispiel dafür ist die Suche nach Lösungen für die Rückführung der

14 Ebd. (1974), S. 15.

15 Ebd. (1974), S. 16.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Ölgelder, die sich bei den Erdölexportländern ansammeln und sich als Defizite der laufenden Zahlungsbilanz bei den Verbraucherländern niederschlagen. Das „Recycling“ wäre einfach zu lösen, wenn die OPEC-Länder ihre Überschüsse dort investieren würden, wo Zahlungsbilanzdefizite entsprechend der Erdölverteuerung entstehen. Die Finanzierung der bisher aufgetretenen Zahlungsbilanzdefizite über die internationalen Finanzmärkte hat mehr oder weniger zufriedenstellend funktioniert. Aber die Grenzen dieser Finanzierungsmechanismen sind für einige Länder bereits sehr deutlich geworden. Hilfestellungen internationaler Organisationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sind unerlässlich. Neue Finanzierungsinstitutionen sind auf der jüngsten Tagung des IWF diskutiert worden, wie z. B. der englische Vorschlag für erweiterte Ölfazilitäten und die deutsche Idee einer internationalen Investmentbank als Auffangbasis für Direktinvestitionen der Ölländer.

Diese Vorschläge und Ideen werden – wie das im internationalen Spiel leider so üblich ist – geprüft werden. Aber schnelle Hilfe ist dringend geworden für die Länder der Gemeinschaft. Deutschland und die Niederlande rechnen für 1974 mit einem Überschuss ihrer Zahlungsbilanz von rund 8 Mrd. Dollar, Italien, Frankreich und Großbritannien dagegen mit Defiziten von jeweils 7 bis 9 Mrd. Dollar. Es ist klar, dass mit Defiziten solcher Größenordnungen ein einzelnes Land nicht sofort fertig werden kann. Die herkömmlichen Mechanismen zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten reichen bei weitem nicht aus. Die Kommission drängte schon in den ersten Tagen des Jahres 1974 auf die Lösung des Problems: auf welchem Wege können die abfließenden Gelder für die verteuerten Ölimporte in Form von Krediten aus den Erdölförderländern zurückgeholt werden, um die Löcher in den Zahlungsbilanzen der EG zu stopfen?¹⁶

Gehler:

Wie hat die EG-Kommission diese neue Entwicklung noch aufgenommen und was dagegen unternommen?

16 Ebd. (1974), S. 16-17.

Wilhelm Haferkamp

Haferkamp:

Im Juni 1974 machte die Kommission einen erneuten Vorstoß, um die Gemeinschaft zu solidarischer Haltung aufzurütteln: Die Zahlungsbilanzdefizite der am meisten betroffenen Mitgliedsländer sollten mit Hilfe gemeinschaftlich verbürgter Anleihen bei den Ölproduzentenländern finanziert werden. Obwohl die Schwierigkeiten in einigen Ländern schnell wuchsen, konnte sich der Rat weder am 6. Juni noch am 15. Juli zu einer Entscheidung durchringen. Selbst nach der Sommerpause, beim Rat der Finanzminister am 16. September, war man immer noch nicht zu einem grundsätzlichen „Ja“ bereit. Und dies, obwohl kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein verantwortlicher Staatsmann die dramatische Lage der Weltwirtschaft beschwört. Auch die grundsätzliche Zustimmung der Regierungschefs bei ihrem Pariser Gipfelfessen hinderte die Finanzminister nicht daran, sich zwei Tage später hinter Detailfragen zu verschanzen. Erst jetzt zeichnet sich ein allgemeines Einverständnis ab.¹⁷

Gehler:

Warum haben die EG-Mitglieder so zaudernd und zurückhaltend reagiert?

Haferkamp:

Natürlich gibt es Gründe für das Zögern einiger Mitgliedstaaten. Im Vordergrund steht die Frage, wer bei einer solidarischen Haltung einstehen muss, falls ein Schuldnerland – international gesehen – zahlungsunfähig werden sollte. Wer also bei einer Gemeinschaftshaftung für den einspringt, der nicht tilgen kann. Sicher keine einfache, oder gar zu vernachlässigende Frage. Doch sollte man auch hier die Dinge realistisch sehen. Es geht nicht darum, die Schulden eines anderen Landes endgültig zu übernehmen. Im äußersten Fall geht es darum, einem Land, das keine Devisen für die Rückzahlung seiner Schulden hat, diese Devisen vorübergehend zu leihen. Deswegen braucht in den haftenden Ländern kein einziger Steuerzahler auch nur einen Pfennig zu bezahlen. Die Zauderer übersehen leider auch, dass nach den Vorschlägen der Kommission die Gemeinschaft Kredite aus einer Gemeinschaftsanleihe nur mit wirtschaftspolitischen Auflagen an das

17 Ebd. (1974), S. 17.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

bedrängte Mitgliedsland weiterreichen wird. Die Einhaltung dieser Bedingung durch die Regierungen muss von den Gemeinschaftsorganen kontrolliert werden. Es bedarf auch keiner langen Erläuterungen, dass eine „Aufsicht“ und ein Mitspracherecht über die Wirtschaftspolitik der Defizitländer nur von der Gemeinschaft insgesamt, keinesfalls jedoch von einzelnen Mitgliedsländern ausgeübt werden können.¹⁸

Gehler:

Zahlungsbilanzdefizite werden nicht ausbleiben. Welcher Handlungsbedarf und welche Entscheidungsnotwendigkeit ergeben sich, denen man nicht entkommen kann?

Haferkamp:

Die potentiellen Kreditgeber, die für ihre Ölerlöse sichere und längerfristige Anlegemöglichkeiten suchen, dürften an solchen Anleihen interessiert sein. Es gilt nun, rasch die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen, nicht zuletzt auch deshalb, um nicht durch zu viele Diskussionen die Kreditwürdigkeit zu beeinträchtigen. Auf die Dauer kann man die Zahlungsbilanzlöcher jedoch nicht durch immer höhere Verschuldung stopfen. Auch der Einsatz früher gesammelter Gold- und Devisenreserven, der Verkauf von Grundstücken, Wertpapieren, Aktien oder direkte Beteiligungen der Ölproduzenten an den Industrieunternehmen der Industrieländer haben ihre Grenzen.

Die Industrieländer der Gemeinschaft können zwei strukturellen Notwendigkeiten nicht aus dem Wege gehen: Sie müssen Energie einsparen und eigene Energieversorgungsquellen entwickeln und sie müssen die Mehrkosten teurerer Energie- und Rohstoffeinfuhren durch Mehrexporte ausgleichen.

Beide Strukturzwänge erfordern, dass wir mehr produzieren, mehr investieren und weniger verbrauchen als sonst nötig und möglich wäre. Zwei bis drei Prozent unseres Sozialproduktes stehen uns nicht mehr für die bisherigen Verwendungen zur Verfügung. Dieser unvermeidbare Verzicht erfordert Anpassungen in den Verbrauchergewohnheiten, im

¹⁸ Ebd. (1974), S. 17-18.

Wilhelm Haferkamp

Investitionsverhalten, in der Produktions- und Exportstruktur, den regionalen Handels- und Kapitalströmen und in der internationalen Arbeitsteilung. Die Abhängigkeit der Gemeinschaft von fremden Energiequellen soll – nach den Vorstellungen der EG-Kommission – bis 1985 von rund 65 auf rund 40% vermindert werden. Dieses ehrgeizige Programm verlangt große Anstrengungen für Energieforschung risikoreicher Projekte zur Erschließung neuer Energiequellen und kostspielige Investitionen zur Errichtung von Kernkraftwerken.

Die Abstimmung der energiepolitischen Maßnahmen und Sparprogramme innerhalb der Gemeinschaft und mit den übrigen Verbraucherländern steht erst am Anfang. Über die Notwendigkeit einer Gemeinschaftspolitik für die Rohstoffversorgung wird man sich erst jetzt allmählich klar. Aber ohne eine gemeinsame Energiepolitik und ohne eine gemeinschaftliche Rohstoffversorgungspolitik ist die Fortdauer des Wachstums in den Mitgliedstaaten auf Sand gebaut. Die Probleme und Auswirkungen der Energiekrise und der Veränderungen auf den Rohstoffmärkten konnte ich nur andeuten.¹⁹

Gehler:

Die Herausforderungen der Energiekrise sowie die Folgen für die Rohstoffmärkte haben Sie bereits angesprochen und geschildert. Wie kann die daraus erwachsende Inflationsgefahr erfolgreich bekämpft werden und was heißt das für die Verantwortung der Gesellschaften und der EG-Mitgliedsländer? Was geschieht, wenn die Eindämmung der Inflation misslingt?

Haferkamp:

Bei der Überwindung der Zahlungsbilanzungleichgewichte, aber vor allem auf dem Schauplatz der Anti-Inflationspolitik, werden sich die Gesicke der Mitgliedsländer und ihrer Regierungen entscheiden. Mit Sicherheit aber wird hier die Frage beantwortet, ob die Einheit der Europäischen Gemeinschaft gerettet werden kann.

Die Fakten der inflationären Entwicklung in Europa, aber auch anderswo,

19 Ebd. (1974), S. 18-19.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

sind erschreckend. In den 60er Jahren haben wir über Zuwachsraten der Verbraucherpreise von 3-4% geklagt. Vor zwei Jahren versicherten die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedsländer, dem Kampf gegen die Inflation Vorrang einräumen zu wollen. Damals lag die durchschnittliche Inflationsrate für die Gemeinschaft bei fast jährlich 7%. Ich verzichte darauf, die vielen Aktionsprogramme und wirtschaftspolitischen Leitlinien zur Wiederherstellung der Preisstabilität anzuführen, welche die Kommission seither dem Ministerrat vorgelegt hat. Die ersten Anzeichen für eine Umkehr des allgemeinen Kosten- und Preisauftriebs wurden im Herbst 1973 sichtbar. Gerade dann aber kam mit der Rohölpreisexplosion ein neuer Inflationsschub. Der Jahresdurchschnitt der Inflationsraten hat in der Gemeinschaft zur Zeit 13% erreicht. Was aber noch viel schlimmer ist: aus Abweichungen der Zuwachsraten zwischen den Mitgliedsländern von rund zwei bis drei Punkten sind heute zehn bis vierzehn geworden. Während der Preisanstieg für die Bundesrepublik derzeit bei rund 7% liegt, sind es für Frankreich, Großbritannien und Belgien mehr als 15% und für Italien gar 21%. Es wundert nicht, dass bei solchen auseinanderlaufenden Preisentwicklungen nur noch Teile des gemeinschaftlichen Währungssystems, die Mini-Schlange, übriggeblieben sind. Die inflationistischen Verhaltensweisen und Erwartungen lassen sich nicht kurzfristig beseitigen, auch nicht durch Radikalkuren. Dafür war der Gewöhnungsprozess an die Inflation zu lang. Dafür sind die Fehlentwicklungen zu weit fortgeschritten. Die Bekämpfung der Inflationsepidemie erfordert Opfer von allen, von den Unternehmern, Arbeitnehmern, Sparern und vom Staat. Da die Ausgangslage unterschiedlich ist, werden die Anpassungslasten verschieden sein, und es wird schwer werden, sie gerecht auf die sozialen Gruppen und die Länder zu verteilen. Es müssen aber alle Anstrengungen unternommen werden, die gerechte Verteilung der Lasten anzustreben. Denn: Misslingt die Koordinierung der Anstrengungen, dann stehen den Industrieländern schwere wirtschaftliche und soziale Krisen bevor.

Ein Misslingen der Inflationsbekämpfung kann die demokratischen Wirtschafts- und Sozialordnungen der westlichen Industrieländer gefährden.

Wilhelm Haferkamp

Die Feinde der Demokratie von rechts und links warten darauf.²⁰

Gehler:

Droht ein Szenario wie in den 1930er Jahren im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, also eine weltweite Depression?

Haferkamp:

Zur Zeit breitet sich in vielen Ländern Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung aus. Die meisten Länder akzeptieren ein schwächeres Wachstum und eine Abkühlungsperiode für einen längeren Zeitraum. Immer mehr aber fürchtet man, dass eine anhaltende und allgemein durchgehaltene Restriktionspolitik in vielen Ländern eine nicht tragbare Arbeitslosigkeit und eine weltweite Rezession erzeugen könnte. Manchmal werden bereits Parallelen zu der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre gezogen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist – meiner Meinung nach – nicht groß. Die Voraussetzungen dafür sind nicht die gleichen wie damals. Die Prognosen der EG-Dienststellen sehen für das Jahr 1975 ein reales Wachstum der Gemeinschaft von rund 3,5% gegenüber 2,5% für 1974 voraus. Der Welthandel soll sich real noch um mehr als 5% ausdehnen. In einer unstablen Welt und inmitten radikaler struktureller Veränderungen kann man aber das Risiko gegenseitiger Ansteckung rezessiver Tendenzen nicht ausschließen. Schon deshalb, weil die Handels- und Kapitalverflechtung zwischen den Industrieländern enger geworden ist. Hier muss die Strategie einer Krisenverhütung ansetzen. Wachstum und Preisstabilität lassen sich nicht mehr nur national durchsetzen. Ebenso wenig können Arbeitslosigkeit und Inflation noch isoliert bekämpft werden.²¹

Gehler:

Gibt es für den Werner-Plan, benannt nach dem luxemburgischen Finanzminister und Premier, zur Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) noch eine Aussicht auf Erfolg?

20 Ebd. (1974), S. 19-20.

21 Ebd. (1974), S. 20.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Haferkamp:

Unter den augenblicklichen Umständen ist es wenig aussichtsreich, die ehrgeizigen Pläne für die WWU wiederaufzunehmen. Neue Anläufe für die Neubelebung der währungspolitischen Zusammenarbeit, wie sie neuerdings vorgeschlagen werden in Form konzertierten Floatens, verstärkter Währungsbeihilfen, neuer Rechnungseinheiten etc. haben eine Vorbedingung: eine bessere wirtschafts- und währungspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten. Solange die Inflationsraten und die Zahlungsbilanzaussichten der Länder so weit auseinanderklaffen wie jetzt, werden wir alle Anstrengungen auf eine größere Übereinstimmung der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft ausrichten müssen. Gleichzeitig müssen wir die ständige Konsultation und Zusammenarbeit verstärken, um den Unsicherheiten und unvorhersehbaren Entwicklungen schnell und wirksam begegnen zu können.²²

Gehler:

Was bedeutet die Energiekrise für den „Gemeinsamen Markt“, der ja bisher noch eher einer Zollunion ähnelt als dass er einem wirklichen Binnenmarkt gleicht? Und inwiefern ist eine Strukturanpassung oder gar -änderung für die EG notwendig?

Haferkamp:

Der Gemeinsame Markt wurde in einer Periode allgemeinen Wachstums und weltweiter Aufwärtsentwicklung ein Erfolg für alle Partner innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft. Die intensive Verflechtung des Handels und der Finanzbeziehungen brachte allen Vorteile inmitten einer stabilen und geordneten Welt. Die Pläne für den weiteren Ausbau gründeten sich auf die Fortdauer dieser Schönwetterperiode. Diese Hypothese war falsch. Daraus kann nicht der Schluss gezogen werden, dass die Ziele und Bedingungen für die Verwirklichung eines gemeinsamen großen Binnenmarktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion falsch waren. Die Konsequenzen veränderter Umweltbedingungen sind andere: das geplante System muss wetterfest gemacht werden; die Koordinierungs- und Kooperationsorgane

22 Ebd. (1974), S. 20-21.

Wilhelm Haferkamp

müssen Entscheidungen treffen können und nicht länger von der Schwerfälligkeit der bisherigen Entscheidungsinstanzen behindert werden. Hier liegt der eigentliche Kern des Versagens: in der Unwilligkeit und Unfähigkeit, im Ministerrat die als notwendig erkannten Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Das heißt konkret: Aufgeben des – national oft so bequemen – Einstimmigkeitsprinzips, Übertragung von bisher national ausgeübten Entscheidungsfunktionen auf gemeinschaftliche Organe. Kurz: den Aufbau europäischer Entscheidungszentren, die demokratisch in den Mitgliedstaaten abgesichert und verankert sind.

Nicht zuletzt in der deutschen Öffentlichkeit wird neuerdings oft das Argument verwendet, dass die nationalen Verhaltensweisen und Strukturen zu unterschiedlich seien für neue europäische Integrationsschritte. Angesichts der auftretenden Probleme müsse man sich darauf beschränken, den Stand des Erreichten in Form der Zollunion und die im Rom-Vertrag festgelegten Zielsetzungen zu verteidigen. Das ist eine glatte Illusion. Ohne Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Politik ist der Gemeinsame Markt in der ständigen Gefahr, auseinanderzubrechen. Hier gilt ganz besonders das Wort: Stillstand ist Rückschritt. Wir haben für unsere europäische Entwicklung nicht mehr allzu viel Zeit in einer sich so radikal und schnell ändernden Welt. Diese Welt wird nicht auf uns warten! Wollen wir den Gemeinsamen Markt, den freien und ungehinderten Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen zwischen den Mitgliedstaaten, den Fortfall von lästigen Landesgrenzen und den Abbau von störenden Steuerunterschieden, dann müssen wir die WWU und die politische Union anstreben ohne Ausflüchte und mit allen Konsequenzen. Dabei sind feste Zeit- und Fahrpläne weniger wichtig als praktische Fortschritte!²³

Gehler:

Wie ist die Ausgangslage der Bundesrepublik zu beurteilen? Welche Aufgaben und Verantwortung ergeben sich für sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften?

23 Ebd. (1974), S. 21-22.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Haferkamp:

Hier hat m. E. die Bundesrepublik eine besonders große Aufgabe und Verantwortung: Sie kann sich zu Recht einer relativ guten und soliden wirtschaftlichen Situation rühmen. Sie hat die niedrigste Inflationsrate und die größten Währungsreserven, sie hat eine positive Zahlungsbilanz und den höchsten Beschäftigungsstand, sie hat eine stabile politische, wirtschaftliche und soziale Struktur. All das ist Ergebnis großer Anstrengungen über die fast drei Jahrzehnte hinweg, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind.

Aber dieses Land ist nicht allein auf der Welt. Es war nicht allein, als z. B. mit dem Marshall-Plan die Hilfe von außen gegeben wurde, die den Wiederaufbau nach 1945 in Gang brachte. Es war nicht allein, als es z.B. für seine wachsenden Exporte Absatzmärkte ins Ausland – und damit Beschäftigung und Wohlstand zu Hause – fand. Und 47% dieser Exporte gingen im letzten Jahr in die anderen Mitgliedstaaten der EG.

Es ist auch keine Insel, die sich von der übrigen Welt isolieren könnte. Wenn fast die Hälfte der Exporte der Bundesrepublik in die EG-Staaten geht, dann kann man sich leicht ausmalen, welche Folgen für die Beschäftigung in diesem Lande ein auch nur teilweiser Ausfall des Gemeinsamen Marktes hätte. Ebenso wichtig wie globale Exportziffern ist die Tatsache, dass zahlreiche Unternehmen Ihre Produktionsstätten über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg im Gemeinsamen Markt errichtet haben. Eine Beeinträchtigung des Gemeinsamen Marktes hätte hier unmittelbare negative Folgen auf den Unternehmensverbund und damit auf Produktion und Beschäftigung.²⁴

Gehler:

Welche Interessen verfolgt die Bundesrepublik selbst? Wie weit ist das negativ konnotierte Bild vom „Zahlmeister“ schief aufgehängt?

Haferkamp:

Die Bundesrepublik hat ein hohes Eigeninteresse daran, den Gemeinsamen

24 Ebd. (1974), S. 22.

Wilhelm Haferkamp

Markt zu erhalten und zu festigen und auch daran, anderen Partnern bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten zu helfen. Das soll nun keine Aufforderung sein an den „Zahlmeister Europas“, der im Übrigen immer auch gleichzeitig Kassierer war. Das ist aber ein eindeutiger Appell an den Staat, der in der Gemeinschaft der Neun zur Zeit der wirtschaftlich stärkste ist. In einer Gemeinschaft kann sich der Stärkste nicht der Pflicht entziehen, den Schwächeren zu helfen. Er kann das nicht im Interesse dieser Gemeinschaft – wenn sie denn wirklich eine sein soll – und auch nicht in seinem eigenen sein. In diesem Zusammenhang möchte ich die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zur Solidarität in der EG und zur Bereitschaft der Bundesregierung, ihren Teil zu leisten, besonders nachdrücklich begrüßen. Ich möchte ebenso eindeutig sagen, dass diejenigen, die Hilfe brauchen, ein Höchstmaß eigener Anstrengungen zur Bewältigung ihrer Schwierigkeiten unternehmen müssen.

Schließlich müssen in einer Gemeinschaft Stärkere und Schwächere zusammen alles tun, was diese Gemeinschaft als Ganze voranbringt. Und das ist in der EG jetzt ganz besonders dringlich, wenn wir alle mit den großen Schwierigkeiten einigermaßen fertig werden wollen, an deren Anfang wir erst stehen! Dabei hat die Bundesrepublik angesichts ihrer eigenen Situation die Chance und – so meine ich – auch die Pflicht, zu besonderer und positiver Aktivität. Darüber, dass Deutschland zahlt, ist m.E. nunmehr genug geredet worden. Entscheidend ist, dass gezahlt wird für eine im Interesse der Europäischen Gemeinschaft gute Politik. Eine gute Politik erreicht man aber nicht, wenn man bei Kritik stehenbleiben würde. Notwendig ist es, konkret zu sagen: Was und wie es besser gemacht werden könnte. So wird z. B. im Bereich der europäischen Agrarpolitik die von der Bundesrepublik geforderte und vom Rat beschlossene Bestandsaufnahme nicht ausreichen. Man wird sich rechtzeitig überlegen müssen, welche vielleicht schmerzhafteste Therapie man dieser Diagnose folgen lassen will. Solche Therapie-Vorschläge werden von der Bundesrepublik, die die Diagnose bestellt hat, erwartet werden. Sie können versichert sein, dass ich im Verantwortungsbereich der Kommission mein Möglichstes tun werde, um zu einer wirtschaftlich vernünftigen und gewiss auch für die meisten

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Landwirte sozialeren Agrarpolitik zu kommen.²⁵

Gehler:

Was können die übrigen Europäer und EG-Mitgliedstaaten von der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Solidarität erwarten?

Haferkamp:

Von der Bundesrepublik muss man mehr erwarten als ihr Engagement bei der Verbesserung der Agrarpolitik. Die Wirtschafts- und Währungsprobleme werden – wie wir sehen – immer drängender. Am schwierigsten sind zur Zeit die Zahlungsbilanzfragen. Hier hat – siehe Italien – die Bundesrepublik schon direkt geholfen. Sie sollte jetzt auch die nötigen Gemeinschaftslösungen, die für alle zur Verfügung stehen, aktiv betreiben. Bonn allein kann auch nicht alles. Schon gar nicht anderen Regierungen sagen, was sie für den Fall deutscher Hilfe zu Hause tun müssen. Das kann man nur mit den Beteiligten in gemeinschaftlichen Beschlüssen. Und hier muss das Prinzip gelten: Gemeinschaftliche Solidarität nur bei eigenen Anstrengungen. Geld aus gemeinschaftlichen Quellen an einen Mitgliedstaat nur unter Festlegung der Bedingungen für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die dieser Staat zur Besserung seiner Situation führen muss. Und das unter Kontrolle der Gemeinschaftsorgane. Diese Grundsätze sind nicht neu.²⁶

Gehler:

Die EG-Kommission selbst war in dieser eben jetzt bestehenden Krisenzeit nicht inaktiv. Worin bestanden ihre Initiativen und warum wurde bisher nicht mehr daraus?

Haferkamp:

Sie finden sich in Vorschlägen und juristischen Texten, die die Kommission dem Rat zum Teil schon vor einem Jahr vorgelegt hat: Vorschläge zur schrittweisen Zusammenlegung der Währungsreserven und zur Verbesserung des kurzfristigen Währungsbestands; Vorschläge zur

25 Ebd. (1974), S. 22-23.

26 Ebd. (1974), S. 23-24.

Wilhelm Haferkamp

Kapitalbeschaffung durch Gemeinschaftsanleihen. In diesen und anderen Vorschlägen der Kommission finden sich die eben genannten Bedingungen; ich wiederhole: Gemeinschaftliche Solidarität nur bei eigenen Anstrengungen, Hilfe nur unter Bedingungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. So bei der Verbesserung des kurzfristigen Währungsbestandes: Verlängerungen der Kredite oder Überschreitungen der Quoten nur unter Auflagen, die der Ministerrat auf Vorschlag der Kommission beschließt, und deren Einhaltung durch Kommission und Währungsausschuss kontrolliert wird. So bei der Weitergabe von Geldern aus der Gemeinschaftsanleihe nur unter Bedingungen, zu deren Einhaltung sich der kreditnehmende Staat mit der Beschlussfassung im Rat verpflichtet. Kontrolle auch hier – für die Dauer der Laufzeit des Kredites – durch Kommission und Währungsausschuss. Ein im Detail entwickeltes System von Bedingungen und Kontrollen im Interesse der potentiellen Geldgeber, im Interesse der Kreditnehmer und vor allem im Interesse einer Gemeinschaftspolitik für eine bessere Wirtschaftslage und für mehr Stabilität. Leider ist über diese so wichtigen Teile der Kommissionsvorschläge im Rat und seinen Ausschüssen bisher nie ernsthaft diskutiert worden. Auch die deutsche Delegation hat das bisher vermieden – obwohl man doch meinen sollte, dass sie ein besonderes Interesse daran hätte, wirksame Hebel für mehr Stabilität in der Gemeinschaft zu entwickeln.

Man sollte weniger reden vom „Angriff auf unser Rheingold“, von der eingebildeten Gefahr zu großer Liquidität oder von hundert technischen Details eventueller Garantien. Man sollte stattdessen im Rat die Frage stellen, ob alle bereit sind, das geschilderte System von Bedingungen anzunehmen und einzuhalten. Nach meiner Kenntnis werden diese Antworten positiv sein. Die Bundesregierung sollte sich also dafür einsetzen, dass die Kommissionsvorschläge schnellstens angenommen werden. Dadurch würde mehr erreicht für eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Stabilität als durch die jahrelangen Debatten der Ökonomen und Monetaristen über ihre Prioritäten.

Schließlich werden die Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen, in denen wir stehen, bald erneut zwingen, die Probleme sozialer und regionaler Hilfen zu diskutieren und zu lösen. Auch hier könnte die Bundesrepublik aktiv

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

werden. Besser als abzuwarten und zum gegebenen Zeitpunkt über Ziffern zu streiten, scheint mir, rechtzeitig konkret zu sagen, welche im Interesse der Gemeinschaft für gute Politik liegen und welche Verfahren und Kontrollen man sich hier vorstellt, und für die man dann das und das zu leisten bereit wäre.²⁷

Gehler:

Ist die immer wieder zu vernehmende Kritik zutreffend, wonach von den EG-Institutionen ganz generell zu wenig an Aktionen und Initiativen komme? Wenn das stimmt, was kann dann die deutsche Bundesregierung dagegen tun?

Haferkamp:

Das stimmt vor allem insoweit, als die Kritik den Ministerrat betrifft. Er allein hat in allen wichtigen Fragen die Befugnis zu entscheiden. Wir alle wissen, dass er das seit Jahren nicht oder nur mangelhaft tut. Der Grund liegt darin, dass die Delegationen der Mitgliedstaaten im Rat nicht entscheiden. Sie haben sich leider daran gewöhnt, auch in diesem für die Gemeinschaft verantwortlichen Organ die nationalen Interessen vor die gemeinschaftlichen zu stellen. Da sie das aber meistens nicht klar zu bekennen wagen, sind sie sich allzu oft einig, Entscheidungen zu vertagen und in Ausschüsse zu verschieben. So liegt der Hebel für die Lösung vieler unserer Schwierigkeiten nicht darin, die Rolle des Ministerrates zu stärken – er hat ohnehin das Entscheidungsrecht – sondern darin, den Rat zu Entscheidungen zu veranlassen. Das ist nicht mehr als ihn dazu zu bringen, seine Pflicht zu tun. Auch hier könnte die Bundesrepublik die Gemeinschaft voranbringen. Die Bundesrepublik brauchte nur ihren Vertretern im Rat und seinen Ausschüssen Weisung zu geben, auf Entscheidungen zu drängen und gegen Verzögerungsversuche Einspruch einzulegen. Es gibt m.E. kein besseres Mittel, die Rolle des Ministerrates zu stärken und ihm in der europäischen Öffentlichkeit wieder zu Ansehen zu verhelfen.²⁸

Gehler:

27 Ebd. (1974), S. 24-25.

28 Ebd. (1974), S. 25-26.

Wilhelm Haferkamp

Für Friedrich Nietzsche war die Sorge um Europa der Fluchtpunkt seines Denkens. Wie Alexis de Tocqueville, Jakob Burkhardt und viele andere sah er in den Vereinigten Staaten und Russland künftige Weltmächte und fürchtete vor allem die russische Macht, indem er ihren Willen erkannte, auf dem ein Reich aufzubauen war. Genau diesen vermisste er in den kleinen europäischen Nationen des Westens. Gleichzeitig hoffte er auf die russische Bedrohung, die Europa zur großen Politik zwingen und seine Vereinigung vorantreiben könnte. Er hatte aber immer wieder berechtigte Zweifel am durchgehenden Willen zur Einigung seitens der Europäer. Es gibt eine Äußerung Nietzsches, die sich so sinngemäß abwandeln lässt, wonach die Stunde zwar reif für Europa, es aber politisch nicht reif für seine Stunde sei. Was sagen Sie dazu?

Haferkamp:

Wenn Europa seine Stunde nicht nutzt, dann existiert es morgen als Gesamtheit nur noch in den Geschichtsbüchern. Dass dies nicht geschieht, dazu kann die Bundesrepublik jetzt einen besonders wichtigen und konstruktiven Beitrag leisten. Die Bundesrepublik will Europa – daran besteht für mich kein Zweifel. Aber sie muss inmitten der großen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und Schwierigkeiten deutlich zeigen, wie sie dieses Europa will. Dabei wird Deutschland weder die Rolle des „Zahlmeisters“ spielen wollen, noch die des „Schulmeisters“ spielen können. Alle, die Europa wollen – in der Bundesrepublik und in allen anderen Ländern –, setzen jetzt Hoffnung und Vertrauen auf ein Deutschland, das seine Stärke und seine Möglichkeiten einsetzt für die Fortentwicklung unserer Gemeinschaft.²⁹

Gehler:

Wo stehen wir im Jahre 1976 und was liegt noch vor uns, insbesondere wenn Sie an die EG-Außenbeziehungen in Ihrer Funktion als Außenkommissar denken?

Haferkamp:

Wo sind wir auf diesem Wege? Wer dieses Europa von außen betrachtet,

29 Ebd. (1974), S. 26.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

sieht offenbar gar nicht so sehr all die Hindernisse. Er hält die Gemeinschaft doch wohl für attraktiv. Da sind die 46 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik. Mit ihnen haben wir das Abkommen von Lomé geschlossen. Das war ein wirtschaftlich und politisch bedeutender Schritt. Es geht hier nicht nur um Entwicklungshilfe. In einer Zeit, in der allenthalben von der Neuordnung der Weltwirtschaft geredet wird, wurden hier neue Ideen realisiert. Wir haben erstmalig verzichtet – wir, die Gemeinschaft – auf eine Klausel der Gegenseitigkeit bei dem Abbau der Zollhindernisse. Wir haben hier eine Finanzhilfe errichtet, die bei Preisverfall für diese Länder bei wichtigen Rohstoffen einen Ausgleich gibt. Wir haben versucht, neue Wege zu gehen, und wir werden das weiter tun. Interesse an dieser Gemeinschaft zeigen Staaten, die Mitglied werden wollen. Für Griechenland war der erste wichtige große außenpolitische Schritt nach der Überwindung der Diktatur, die Stellung des Antrages auf Mitgliedschaft in dieser Gemeinschaft. In anderen Ländern sind – wie Sie wissen – ähnliche Überlegungen im Gange. Das ist mehr als nur ökonomische Attraktivität, das ist das Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen.

Es gibt kaum einen Anrainerstaat des Mittelmeeres, der mit der Gemeinschaft nicht einen Assoziierungs- oder Kooperations- oder Handelsvertrag hätte. Das Comecon interessiert sich für eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, und die Volksrepublik China unterhält in Brüssel eine wohlausgestattete Vertretung.

All das und vieles mehr in unseren Außenbeziehungen würde es wohl nicht geben, wenn die Welt glaubte, Europa würde auf seinem Wege stehenbleiben. Man traut uns da offenbar manchmal mehr zu, als wir uns selbst. Wir sehen die Gemeinschaft ja auch von innen. Und da sind wir gar nicht zufrieden. Hier werden oft nationale Positionen zu Bastionen, die in tage- und nächtelangen Sitzungen verteidigt werden. Das Verschieben von Entscheidungen in den Ministerräten ist dort oft die einzig erkennbare Bewegung. Von diesen Veranstaltungen aus erreichen den Bürger Europas die Krisenmeldungen, die ihn in Zweifel fragen lassen, ob denn das alles noch einen Sinn habe.³⁰

30 Haferkamp, Auf dem Weg zu Europa (1976), S. 8-9.

Gehler:

Folgende Fragen stellen sich bei dieser Problematik: Woran liegt das? Vielleicht daran, dass nationale Politiker ihre Wahlen nur mit innenpolitischen Themen gewinnen können – von Ausnahmen abgesehen? Oder daran, dass der Druck politischer und sozialer Gruppen auf Parlamentarier und Regierungen meist auf innenpolitische Angelegenheiten zielt, auf Finanz- und Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik usw.? Was meinen Sie?

Haferkamp:

Hier liegt sicher ein wichtiger Grund für so manche europäische Schwierigkeit. Auch für das Auseinandertreiben der Volkswirtschaften, das in den letzten Jahren immer stärker geworden war. Wenn die Preissteigerungsraten in einigen Ländern über 20 Prozent und in anderen unter zehn, ja sogar unter fünf Prozent – wie hier in Deutschland – liegen, wenn ähnliche Unterschiede gelten für die Entwicklung der Lohnkosten, der öffentlichen Haushalte, der Zahlungsbilanzen, dann kann das auf die Dauer für den Bestand der Gemeinschaft selbst gefährlich werden.³¹

Gehler:

Hat man daraus zu lernen begonnen und gibt es daher auch positive Tendenzen zu vermelden?

Haferkamp:

Das ist offenbar begriffen worden, denn seit einiger Zeit erkennen wir in allen Ländern der Gemeinschaft, auch in denen, die bisher gezögert hatten, sich auf diesen Weg zu begeben, eine Umkehr in Richtung auf die Stabilität. Wir stellen in diesem Jahre fest eine starke Tendenz zur allgemeinen Senkung der Inflationsraten; hatten wir im vorigen Jahr noch im Durchschnitt der Gemeinschaft mehr als zwölf Prozent, so rechnen wir im nächsten Jahr mit weniger als acht. Und wir haben uns das Ziel gesetzt, im Jahre 1980 bei einem Durchschnitt von vier bis fünf Prozent auszukommen. Nun, hier in der Bundesrepublik ist man bei dieser Zahl längst angekommen.

31 Ebd. (1976), S. 9.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Wir stellen allenthalben fest eine Tendenz, die Defizite der öffentlichen Haushalte zu verringern. Wir stellen fest, dass sich die Zurückhaltung im Bereich der Lohnkosten, die wir in Deutschland als eine Selbstverständlichkeit zum Teil angenommen haben – in früheren Jahren und auch in der letzten Zeit –, auch in anderen Ländern durchzusetzen beginnt. Diese Entwicklung ist gewiss ein wichtiger Beitrag für den konjunkturellen Aufschwung in diesem Jahre gewesen und wird bedeutend sein für die Fortsetzung dieses Aufschwungs in der nächsten Zeit.

Es ist ja lange darauf gewartet worden, dass dieser Aufschwung käme. Wir haben einen relativ stürmischen Aufschwung zu Beginn des Jahres gehabt, wir haben eine Phase der Verlangsamung und der Konsolidierung, es geht weiter aufwärts; es geht langsamer aufwärts als zu Anfang, aber das ist nicht schlimm, das ist sogar gut, denn das bewahrt uns vor der Gefahr einer neuen Drehung der Inflationsschraube und -spirale.

Wir stellen fest, dass die Verbrauchernachfrage steigt, das Vertrauen wächst. Die Preistendenz ist weiter sinkend, die Lohnkosten ebenfalls. Die Verteilungskämpfe in unseren Volkswirtschaften lassen in ihrer Heftigkeit nach. Wir stellen fest eine Zunahme und eine Verbesserung der unternehmerischen Erträge. Wir müssen allerdings feststellen, dass wir noch immer einen zu hohen Inflationssockel haben, dass wir rechnen müssen und mit dem Risiko einer Steigerung von Rohstoffpreisen. Wir können nur hoffen, dass die da und dort genannten Ziffern für die Steigerungen der Ölpreise sich nicht realisieren. Es ist in den letzten Tagen von einem Souverän eines Öllandes davon geredet worden, wie gegenseitig abhängig wir alle sind. Diese gegenseitige Abhängigkeit besteht. Aber nicht nur für die Industrienationen, sondern auch für diese Länder. Man hätte nichts davon, wenn man die in Gang gekommene Aufwärtsbewegung unserer Konjunktur durch wirtschaftlich unsinnige Belastungen stören oder gar zerstören würde. Das würde niemandem nützen.

Wir rechnen in der Gemeinschaft, wenn keine wesentlichen Störungen, etwa der Art, wie ich eben nannte, eintreten werden, für 1977 mit einer Wachstumsrate real von vier Prozent, mit einer weiteren Senkung und mit einem weiteren Sinken der Preissteigerungsrate.

Wilhelm Haferkamp

Das ist alles sehr technisch, und ich bitte um Verständnis, dass ich darauf überhaupt eingegangen bin.³²

Gehler:

Heißt europäische Integrationspolitik zu betreiben eine Disziplin zu entwickeln, aber auch unliebsame Einsichten zu akzeptieren?

Haferkamp:

Hinter all diesem Technischen steht die Notwendigkeit, in der weiteren Entwicklung nicht nur von anderen zu verlangen, dass sie uns nicht stören, sondern auch, dass wir selber Disziplin zeigen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung, und dass wir bereit sind, manchen Verzicht vielleicht manches Opfer auf uns zu nehmen. Denn wir sind in einem Übergang, in einem Übergang von einer Epoche in eine andere. Wir hatten uns in einer langen Periode gewöhnt an immer mehr Produktion, an immer mehr Verbrauch, mehr soziale Leistungen, mehr Freizeit, mehr Gewinn, mehr Absatz, mehr Export, mehr Marktanteil. And more, and more, and more. An mehr als Ziel an sich, an mehr aus Sozialprestige, an mehr, bis hin zur Verschwendung. Wir haben in weiten Strecken über unsere Verhältnisse gelebt. Die Anforderungen an das Sozialprodukt, die Anforderungen an den Staat und an die Wirtschaft, überstiegen oft genug die realen Möglichkeiten. Und die Verantwortlichen hatten oft nicht den Mut, nein zu sagen. Das ist vorbei.

Die Explosion der Ölpreise, die Steigerung der Rohstoffpreise ist nicht nur eine Geldangelegenheit. Wir müssen in Gütern und Leistungen mehr bezahlen, und was wir da mehr bezahlen müssen, können wir nicht gleichzeitig auch noch verbrauchen. Bei dem, was wir jetzt tun müssen, werden einige Illusionen auf der Strecke bleiben. Beispielsweise die Illusion, man könnte mit nominalen Tricks die reale Entwicklung ändern, etwa mit Indexierungssystemen. Beispielsweise die Illusion, man könnte denselben Franken oder Gulden, dieselbe Mark, Lira oder Krone, dasselbe Pfund gleichzeitig zwei- oder dreimal ausgeben, zur Erhöhung des privaten Verbrauchs, zur Verbesserung öffentlicher Leistungen und zur Steigerung von Investitionen. Beispielsweise wird die Illusion auf der Strecke bleiben,

32 Ebd. (1976), S. 9-11.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

man könne sofort und gleichzeitig alles haben: kürzere Arbeitszeiten, mehr Verbrauch, höhere Investitionen, bessere Leistungen des Staates, selbstverständlich Umweltschutz, selbstverständlich Qualität des Lebens, Hilfe für die Armen der Welt usw. usw.³³

Gehler:

Wie müssen sich vor diesem von Ihnen geschilderten Hintergrund privater Konsum und öffentliche Leistung zueinander verhalten, um auf europäischer Ebene weiter voranzuschreiten?

Haferkamp:

Der private Verbrauch und die öffentlichen Leistungen und die Investitionen können mittelfristig nur zunehmen, wenn wir mehr produzieren und wenn wir rationeller produzieren. Das anzunehmen müssen wir alle bereit sein. Diese Bereitschaft wird nur zustande kommen, wenn die Chancen gleichmäßig verteilt sind und jede Gruppe erwarten kann, dass sie nicht übervorteilt wird. Hier werden auch in Europa Themen diskutiert werden müssen, die man in der Bundesrepublik zum Teil seit langem nicht mehr diskutiert, sondern realisiert, die erneut aktuell geworden sind – ich spreche hier insbesondere von der Vermögensbildung und von der Mitbestimmung.³⁴

Gehler:

Meinen Sie hierbei auch die „konzertierte Aktion“? Darunter versteht man ja in der deutschen Wirtschaftspolitik ein koordiniertes Agieren zwischen Bund und Ländern und der Deutschen Bundesbank auf der einen Seite sowie Gewerkschaften und Unternehmensverbänden auf der anderen Seite über Fragen der Lohnpolitik und der Tarifparteien. Die Idee entstammt einer Empfehlung des Sachverständigenrates aus der Zeit Mitte der 1960er Jahre. Sie wurde in einem Stabilitätsgesetz aufgegriffen und eine regelmäßige Koordinierung zwischen Bund, Bundesbank, Ländern, Gemeinden und der Sozialpartner angestrebt. Es gab bei dieser Art von Kooperation aber auch Interessendivergenzen zwischen Bundesbank und Arbeitgeberverbänden auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite, was man Ihnen

33 Ebd. (1976), S. 11-12.

34 Ebd. (1976), S. 12-13.

Wilhelm Haferkamp

nicht erzählen muss. Wäre ein solches Modell trotz aller Konflikte auch auf europäischer Ebene denkbar und hilfreich?

Haferkamp:

Ich glaube, dass wir allen Anlass haben, diese Diskussion und die Suche nach Lösungsmöglichkeiten europäisch zu betreiben. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich glücklich schätzen, dass sie trotz mancher Auseinandersetzungen, die ja in unserer Demokratie dazugehören und selbstverständlich sind, dass sie trotz dieser Auseinandersetzungen im Grundsatz eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände haben, die seit Jahren auf dieser allgemeinen Linie liegt. Das hat uns ermutigt, etwas Ähnliches wie eine europäische konzertierte Aktion einzuleiten, ein großes Treffen der Regierungen der neun Mitgliedstaaten mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden auf europäischer Ebene, eine Zusammenarbeit, die fortgesetzt wird. Die erste Zusammenkunft dieser Art diene einer Klärung der Fronten, zwischen denen die zu einer Zusammenarbeit für eine Stabilisierung bereit sind, und jenen, die eher interessiert sind an einer Zerstörung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems. Ich kann hier nur sagen, dass die letzteren in der Minderheit und isoliert geblieben sind.

Mit den Kräften, die für die Zusammenarbeit eintreten wird diese Zusammenarbeit ganz konkret fortgesetzt. In einigen Mitgliedstaaten sind in jüngster Zeit besondere Anstrengungen unternommen worden, für die Stabilisierung der Lage, für die Gewinnung einer soliden Basis für die Zukunft. Ich erinnere hier an die Programme, die zur Zeit in Italien, Frankreich und Großbritannien diskutiert werden. Diese Stabilisierungsprogramme, die im Wesentlichen darauf hinauslaufen, die Löcher in den öffentlichen Haushalten kleiner zu machen, die Schulden abzubauen, waren längst überfällig, denn man hatte allzu lange gewartet, und man hatte allzu lange über die Verhältnisse gelebt. Diese Programme müssen jetzt durchgeführt werden. Je länger man wartet, desto schmerzhafter wird die Operation sein.³⁵

35 Ebd. (1976), S. 13-14.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Eine weitere Frage drängt sich auf: In welchem Verhältnis stehen Demokratie, Gesellschaft und Parlamentarismus einerseits und Zusammenarbeit in Europa andererseits und was bedeutet das für den weiteren Einigungsgedanken?

Haferkamp:

Die Regierungen haben offenbar das Notwendige erkannt. Sie werden außerdem unterstützt weitgehend von der Mitarbeit der politischen und sozialen Kräfte. Es gibt Ausnahmen einiger extremer Gruppierungen, die zum Teil klar erkennbar sind, zum Teil als eine Art neue außerparlamentarische Opposition mit wilden Streiks auftreten. Es muss sich bei der Durchsetzung dieser Programme zeigen, ob die demokratischen Regierungen genug Autorität haben, sich durchzusetzen. Es muss sich ebenso zeigen, ob sie dabei die volle und notwendige Unterstützung der demokratischen Kräfte aus den politischen und sozialen Gruppen haben. Es geht bei den Stabilisierungsanstrengungen also um mehr, als nur um die Konsolidierung der wirtschaftlichen Situation. Es geht darum, ob es gelingt, die Zusammenarbeit der Demokraten zu mobilisieren. So wie damals in den ersten Tagen, die unser Geburtstagskind erlebte. Auch damals ging es darum, diese Zusammenarbeit der Demokraten zu mobilisieren. Damals, als wir unseren Weg aus den Trümmern bahnen mussten – gewiss –, die waren damals um uns herum, physisch, sichtbar, greifbar, erdrückend. Die Gefahren heute sind weniger deutlich zu sehen, weniger greifbar. Aber die Demokratie lebt auch angesichts dieser Gefahren und Notwendigkeiten wie damals und zu allen Zeiten von ihren verantwortungsbewussten Bürgern. Und diese gilt es, überall in Europa zu mobilisieren. Dazu sind wir alle aufgerufen, die Regierungen, die Parteien, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die europäischen Institutionen, die demokratische Publizistik. Wir können und dürfen nicht mehr innerhalb unserer nationalen Grenzen verharren, auch nicht bei der Behandlung dieser Fragen. Der Erfolg oder Misserfolg der Demokraten in dem einen oder anderen Land unserer Gemeinschaft gehen uns alle an. Wir sind da längst eingetreten in die europäische Innenpolitik. Und jeder hat da das Recht, aber auch die Pflicht,

Wilhelm Haferkamp

sich um den anderen zu kümmern, ihm zu raten, ihn – wenn nötig – zu fragen, auch zu kritisieren, aber auch ihm in Solidarität zu helfen.³⁶

Gehler:

Welche Vorbereitungen sind mit Blick auf die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 zu treffen? Was bedeutet das für europäische Innenpolitik?

Haferkamp:

Zu dieser europäischen Innenpolitik gehört auch, dass wir uns auf die Wahlen des Europäischen Parlaments vorbereiten. Ich will hier nicht reden von all den Schwierigkeiten, die wir auf diesem Wege haben überwinden müssen und die wir vielleicht noch werden überwinden müssen; Schwierigkeiten technischer, manchmal kleinlicher Art. Wichtig ist mir, in Zusammenhang mit dem, was ich eben sagte, dass die Parteien auf europäischer Ebene die Zeit bis zu den Wahlen nutzen, sich zu formieren, miteinander zu arbeiten, die Mobilisierung der Demokraten auch parteipolitisch auf europäischem Niveau zu betreiben. Sie werden einen Wahlkampf führen müssen, diese Parteien, aber sie werden auch die Pflicht haben, in Europa als demokratische Parteien zusammenzuarbeiten, auch und selbst dann – und gerade dann –, wenn in der gleichen Zeit man in nationalen Wahlkämpfen etwa sich gegenseitig Schwierigkeiten und Konkurrenz macht. Es zeigt sich hier und wird sich weiterhin zeigen, dass über alle technokratischen Notwendigkeiten hinaus eine Politisierung der europäischen Entwicklung im Gange ist. Diese Politisierung ist unsere Chance auf dem Wege nach Europa. Sie bringt uns dazu, die Europäische Gemeinschaft zu begreifen als etwas, was mehr ist, als eine Marktgenossenschaft, was mehr ist, als etwas, das Geld kostet, eine Gemeinschaft, die mehr ist als eine Kasse, aus der man sich zu nationalem Vorteil bedient. Die Europäische Gemeinschaft ist für unsere Generation die einzige Dimension, in der wir unsere Ideale von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit verwirklichen können. Das aber wird nur gelingen, wenn wir zwei Schlüsselworte täglich ernst nehmen und leben: Solidarität

36 Ebd. (1976), S. 14-15.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

und Zusammenarbeit, über die Grenzen von Nationen, demokratischen Parteien und sozialen Gruppen hinweg.³⁷

Gehler:

Welche Rolle spielen die Europäischen Gemeinschaften heute im Rahmen der internationalen Beziehungen und der regionalen Zusammenschlüsse? Wie können sie sich entwickeln?

Haferkamp:

Die Bedeutung von Staatengruppierungen meist regionaler Art in den internationalen Beziehungen wächst. Ein Vergleich zwischen heute und der Situation in den 50er Jahren macht das deutlich. Da sehen wir neben der Europäischen Gemeinschaft u.a.: ASEAN (seit 1967), RGW (seit 1949), Arabische Liga (seit 1945), OPEC (seit 1960), die Gruppe der 77 (seit 1964), die SELA (seit 1976), Lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft, CARICOM (seit 1973, Karibische Wirtschaftsgemeinschaft), Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (seit 1970, in neuer Form 1975).

Alle diese Gruppierungen bemühen sich in zunehmendem Maße um koordiniertes oder gemeinschaftliches Verhalten ihrer Mitgliedstaaten in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten. Ihre Entscheidungen können die Entwicklung der Weltwirtschaft maßgeblich beeinflussen. Die Bi- oder Tri-Polarisierung auf die Supermächte hat diese Entwicklung offensichtlich gefördert.

Kleine und mittlere Staaten können sich nur durch irgendeine Form des Zusammenschlusses oder der Zusammenarbeit hinreichenden Einfluss auf die internationalen Beziehungen sichern. Eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen ist oft nur noch mit anderen möglich. Die Tendenz zur Gruppenbildung, insbesondere auf regionaler Basis, wird gewiss weitergehen. Allein die große Zahl von Staaten nötigt eigentlich – schon aus logistischen Gründen – zu einer Bündelung politischer, auch außenpolitischer Interessenvertretung. Denken wir nur einmal daran, was es für einen mittleren oder gar für einen kleinen Staat bedeutet, mit rund 150 souveränen Staaten diplomatische Beziehungen

37 Ebd. (1976), S. 15-16.

Wilhelm Haferkamp

aufrechtzuerhalten und in den internationalen Organisationen vertreten zu sein.³⁸

Gehler:

Wie beurteilen Sie die Frage nach der Notwendigkeit der Außenvertretung der Gemeinschaft?

Haferkamp:

Wie Sie wissen, hat Staatsminister Wischniewski vor einiger Zeit die Frage gestellt, ob nicht die neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Klein- und Kleinststaaten eine gemeinsame Botschaft erhalten könnten. Dieser Gedanke sollte nicht in Vergessenheit geraten. Seine Realisierung wird gewiss Zeit brauchen. Übrigens wird die Zusammenarbeit zwischen den Botschaften der Neun immer enger, wie ich in einer Reihe von Hauptstädten feststellen konnte. Verglichen mit anderen regionalen Gebilden und Staatengruppen besitzt die Europäische Gemeinschaft die größte Geschlossenheit. Bei ihr ist die Vergemeinschaftung der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen am weitesten fortgeschritten. Aufgrund der Verträge besitzt die Gemeinschaft ausschließliche oder konkurrierende Befugnisse für bestimmte Bereiche der Außenbeziehungen (Außenwirtschaftspolitik, Assoziationsabkommen).

Die Gemeinschaft mag nicht die mächtigste Gruppierung sein. Aber keine andere Gruppierung ist mit ihr vergleichbar hinsichtlich Verfassung, institutioneller Struktur, wirtschaftlicher und politischer Kohärenz sowie des breiten Spektrums ihrer innen- und außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten. Die Gemeinschaft besitzt als einzige ein passives und aktives Legationsrecht, von dem sie seit ihrer Gründung starken Gebrauch gemacht hat. Gegenwärtig sind 110 Staaten, d.h. rund 80% aller souveränen Staaten bei ihr akkreditiert. Die Gemeinschaft selbst unterhält in über 60 Drittländern Delegationen verschiedener Art. Ebenso hat die Gemeinschaft seit ihrem Entstehen ihre Möglichkeit, völkerrechtlich bindende Verträge mit

38 Wilhelm Haferkamp, Die Rolle der Gemeinschaft in den internationalen Beziehungen. Vortrag von Wilhelm Haferkamp, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, gehalten in Bonn am 23. Februar 1978, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn [1978], S. 1-2

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Drittstaaten abzuschließen, genutzt. Gegenwärtig ist sie durch bilaterale und multilaterale Abkommen mit mehr als 80 Drittländern verbunden. Diese Verträge behandeln so unterschiedliche Gebiete wie Entwicklungshilfe, Handel, Umweltschutz, industrielle Zusammenarbeit, Versorgung mit Nuklearbrennstoffen und technologische Zusammenarbeit. Die Gemeinschaft ist zugleich Mitglied oder Beobachter fast aller maßgeblichen internationalen Organisationen, die sich mit internationalen Wirtschaftsbeziehungen befassen (OECD, GATT, IMF und UNO-Sonderorganisationen). Seit der Kennedyrunde hat die Gemeinschaft wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage ist, auch schwierige internationale Verhandlungen erfolgreich zu führen. Die Mitgliedstaaten haben seitdem häufig Gelegenheit gehabt, die Vorteile zu erkennen, die ihnen allen als Folge der gemeinsamen Verhandlungsmacht erwachsen.³⁹

Gehler:

Wie wird diese Entwicklung von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft aufgefasst?

Haferkamp:

Die Mitgliedstaaten – ursprüngliche und neue – lassen in zunehmendem Maße nationale außenwirtschaftliche – und damit außenpolitische – Interessen durch die Gemeinschaft behandeln. Das hat Vorteile: Die Gemeinschaft als solche hat keine Vergangenheit, auf der eine koloniale Hypothek lastet; nur mit Hilfe der Gemeinschaft war und ist es möglich, zu bestimmten Staaten oder Regionen unbelastete Beziehungen aufzunehmen. Wir sehen aber auch, dass die Möglichkeit, Interessen der Mitgliedstaaten nach außen durch die Gemeinschaft vertreten zu lassen, Probleme schaffen kann. Ich denke hier an die Gemeinschaftspolitik für Textil und Stahl.

Es ist kein Geheimnis, dass Art, Ausmaß und Geschwindigkeit der Beschlüsse über die Importregelungen für diese Sektoren mehr oder weniger stark beeinflusst worden sind durch die besonderen Probleme und Wünsche einzelner Mitgliedstaaten. Diese Mitgliedstaaten haben – abgesehen von den rechtlichen Verpflichtungen, im Gemeinschaftsrahmen bleiben zu müssen –

39 Ebd. (1978), S. 2-3.

Wilhelm Haferkamp

wohl nicht unwillig den Weg nach Brüssel gesucht. Denn dort beschloss die Gemeinschaft Aktionen, die für andere unbequem waren und sind. Das war dann „Brüssel“ – und nicht Bonn oder Paris, London oder Rom usw. Die Gemeinschaft war als größter Welthandelspartner sicher auch eher als einzelne Mitgliedstaaten in der Lage, handelspolitisch solche Regelungen durchzusetzen. Dieser Fähigkeit der Gemeinschaft muss ihre Verantwortung für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren internationaler Abmachungen und Verträge entsprechen. Gerade jetzt – bei der Zunahme protektionistischen Drucks – kommt es entscheidend an auf die Respektierung von Vereinbarungen, Regeln und Verfahren. Der Schaden, der aus einem Zusammenbruch der internationalen Handelsordnung resultieren würde, kann schlechterdings nicht ernst genug genommen werden. Durch die Gemeinschaftsaktionen auf den Gebieten Textil und Stahl konnten Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten verhindert werden. Solche Alleingänge hätten den internationalen Handel ebenso gefährdet wie den Gemeinsamen Markt selbst.⁴⁰

Gehler:

Wir reden vom „Gemeinsamen Markt“ der Zollunion, der aber noch kein Binnenmarkt ist. Ist diese vorläufige Konstruktion auch Gefährdungen ausgesetzt?

Haferkamp:

Die Gefahren für den Gemeinsamen Markt waren in den letzten Jahren häufiger und bedrohlicher, als dies der Öffentlichkeit bewusst geworden ist. Der Druck auf den Gemeinsamen Markt besteht nach wie vor, er wächst. Er kommt aus den verschiedensten Bereichen und Sektoren. Hier haben wir die Pflicht zur Wachsamkeit und Abwehr. Durch strikte Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts müssen wir den Gemeinsamen Markt erhalten. Er ist die Basis unserer Gemeinschaft, er ist auch die Grundlage für die Vertretung unserer Wirtschaftsinteressen nach außen.⁴¹

40 Ebd. (1978), S. 3-4.

41 Ebd. (1978), S. 4-5.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Welche Rolle kann hierbei die in Folge des Davignon-Berichts vom 27. Oktober 1970 aus der Taufe gehobene „Europäische Politische Zusammenarbeit“ (EPZ) spielen?

Haferkamp:

Die Mitgliedstaaten können umso wirkungsvoller Einfluss auf die internationalen Beziehungen nehmen, je mehr sie gemeinschaftlich – als EG oder EPZ – handeln. Hier geht es um die Rolle der Gemeinschaft, z.B. im südlichen Afrika oder im Nahen Osten, aber auch um den Einfluss der Gemeinschaft bei der Gestaltung internationaler Normen, sei es für das Seerecht, sei es für den internationalen Handel oder die Weltwirtschaftsordnung.⁴²

Gehler:

Welche Grenzen sind der EPZ der neun Mitgliedstaaten im Rahmen der Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaften gesetzt, wenn Sie davon schon sprechen wollen, und welche Möglichkeiten haben sie im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten mit Blick auf Drittstaaten in anderen Teilen der Welt mit besonderen Gemengelagen an Konflikten, wenn wir an den Nahen Osten denken?

Haferkamp:

Jedermann ist sich im Klaren darüber, dass der Schlüssel für eine Friedensregelung in Nahost nicht in den Händen der Gemeinschaft liegt, dennoch ist die Haltung der Neun in dieser Frage alles andere als unbedeutend. Das hat sich einmal an dem lebhaften Interesse der beiden Seiten an den Erklärungen gezeigt, welche die Neun abgegeben haben – aber auch an denen, die sie nicht abgegeben haben. Wesentlicher jedoch sind unsere wirtschaftlichen Bindungen mit den am Nahostkonflikt beteiligten Staaten. Mit all diesen Staaten hat die Gemeinschaft umfassende Kooperationsabkommen abgeschlossen und sie hat auf die Ausgewogenheit ihrer Politik in dieser Region geachtet.

42 Ebd. (1978), S. 5.

Wilhelm Haferkamp

Lassen Sie mich zur Umschreibung der Aufgabe und Rolle der Gemeinschaft im Nahostkonflikt hier zitieren, was Willy Brandt als Bundeskanzler am 13. November 1973 vor dem Europäischen Parlament ausgeführt hat:

„Könnte – so ist meine Frage – die Gemeinschaft durch die Verstärkung der Instrumente, die in den einzelnen Verträgen schon angelegt sind, nicht die Voraussetzungen für eine Befriedung der Region verbessern? Ich denke etwa an die Nahrungsmittelhilfe, an die Unterstützung für die Ansiedlung der Flüchtlinge, an die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten, die bereits bestehen und um die wir weiterhin uns bemühen sollen. Im Nahen Osten geht es zum Wohl der Menschen darum, den Frieden zunächst zu etablieren und ihn dann zu stabilisieren. Europa könnte bei beiden Aufgaben helfen.“

Ich finde, diese Ausführungen sind heute nicht weniger aktuell als vor vier Jahren.⁴³

Gehler:

Was würde es bedeuten, wenn die EG zunehmenden Einfluss besitzt, u.a. insbesondere mit Blick auf die Machtverhältnisse außerhalb Europas, z.B. in Asien? Ist sie auf dem Weg zu einer ökonomischen globalen Großmacht oder bleibt sie vorerst eine regionale wirtschaftliche Hegemonialmacht beschränkt auf Europa?

Haferkamp:

Nächstes Beispiel: ASEAN. Wir bemühen uns seit einiger Zeit verstärkt, die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Ländern der ASEAN-Gruppe zu intensivieren. Im Vordergrund der Gespräche stehen zwar zunächst wirtschaftliche Themen: Privatinvestitionen, Handelshemmnisse, Textilabkommen usw., dennoch haben diese Kontakte selbstverständlich auch einen politischen Hintergrund. Die wirtschaftliche und politische Stabilität in Südostasien ist für uns – wie für die ganze Welt – von hohem Interesse. Die Staaten dieser Region ihrerseits wünschen eine stärkere Anwesenheit auch Europas in diesem Raum. Die Gemeinschaft erscheint ihnen als natürlicher Partner.

Auch in den internationalen Organisationen und Konferenzen spielt das Gewicht der Gemeinschaft eine zunehmende Rolle. Wenn die Gemeinschaft in Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung eine gemeinsame Position

43 Ebd. (1978), S. 5-6.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

vertritt, kann sie internationale Entscheidungen heute wesentlich beeinflussen. Das gilt für das Seerecht (200-Meilen-Zone und künftige Gestaltung des Tiefseebergbaus); das gilt für den gemeinsamen Rohstoff-Fonds und das Zustandekommen von Rohstoffabkommen; das galt auch für eine so maßgebliche Weichenstellung für die internationale Wirtschaftsordnung wie die Gewährung von einseitigen Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer, die – das darf man hinzufügen – ohne das positive Beispiel der Gemeinschaft wahrscheinlich nie zustande gekommen wären. Das gilt für die Verhandlungen der Tokio-Runde im GATT.⁴⁴

Gehler:

Zur Tokio-Runde kommen wir noch später. Zunächst noch eine Grundsatzfrage: Was muss mehr ins Bewusstsein rücken, damit die Mitglieder erkennen, die Gemeinschaft mehr zu brauchen, um im Kontext der internationalen Beziehungen einheitlich vorzugehen sowie dort zu bestehen?

Haferkamp:

Ein weiteres Indiz dafür, dass die Mitgliedstaaten immer mehr der Gemeinschaft bedürfen, um noch Einfluss auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen ausüben zu können, ist die zunehmende Überschneidung von bilateralen und gemeinschaftlichen Aspekten bei politischen Besuchen und Kontakten. Heute kann, anders als vor 20 Jahren, kaum noch ein Außenminister eines Mitgliedstaates in irgendeinen Teil der Welt fahren, ohne sich seiner Doppelfunktion als nationaler Außenminister und als Mitglied des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft bewusst zu sein oder auf sie angesprochen zu werden. Ohne die Einbeziehung von Gemeinschaftskomponenten sind heute bilaterale Beziehungen zwischen einem EG-Mitgliedstaat und Ländern wie Australien, Kanada, Ägypten oder der Elfenbeinküste kaum denkbar. Wer als Außenminister in China weilt, kann nicht umhin, auch über Europa und das Handelsabkommen EG-China zu reden. Präsident Giscard d'Estaing kündigte bei seinem Besuch der

44 Ebd. (1978), S. 6-7.

Wilhelm Haferkamp

Elfenbeinküste an, dass er dem nächsten Europäischen Rat seine Vorstellungen für einen „euro-afrikanischen Solidaritätspakt“ vortragen werde.⁴⁵

Gehler:

Inwiefern kann, ja muss sogar die EG als Verantwortungsgemeinschaft im Rahmen der internationalen Beziehungen aufgefasst, definiert und verstanden werden?

Haferkamp:

Der Gemeinschaft wächst in zunehmendem Maße Verantwortung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen zu – eine Verantwortung, der sie sich nicht entziehen kann. Die Gemeinschaft wird immer mehr in die wirtschaftliche und damit auch politische Entwicklung außerhalb ihrer Grenzen, in anderen Teilen der Welt verflochten. Sie muss entscheiden, z.B. Griechenland, Portugal und Spanien in die Gemeinschaft aufzunehmen oder diesen Ländern den Beitritt zu verwehren. Sie kann z.B. mit Jugoslawien ein mehr oder weniger großzügiges Kooperationsabkommen schließen. Sie kann die Türkei durch ihre Handels- und Entwicklungspolitik bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten mehr oder weniger stark unterstützen. Sie kann durch die Art der Regelung wirtschaftlicher Probleme in einem Abkommen mit Zypern die Lösung schwieriger Fragen auf dieser Insel mehr oder weniger erleichtern. Sie übt durch derartige Entscheidungen einen wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung im Mittelmeerraum aus. Sie kann dazu beitragen, dass die Menschenrechte in der Welt besser respektiert werden, indem sie in ihre künftigen Kooperationsabkommen, z.B. Lomé II, eine Menschenrechtsklausel einfügt oder indem sie gegenüber Drittländern, die gegen fundamentale Menschenrechte verstoßen, ihre handelspolitischen Beziehungen „einfriert“.

Mit dieser Aufzählung könnte man beliebig fortfahren. Sie soll lediglich verdeutlichen, wie umfassend der Einfluss auf Drittländer ist, den die Gemeinschaft auf den verschiedensten Gebieten ausüben kann. Die

45 Ebd. (1978), S. 7.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gemeinschaft ist sich häufig zu wenig darüber klar, welches Gewicht sie als ökonomisch-politische Gruppe in der Welt besitzt und welche Verantwortung ihr damit zugleich zufällt. Eine solche Situation ist nicht ohne Gefahren. Solange die Gemeinschaft wie in den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre die übrige Welt an der Zunahme des eigenen Wachstums partizipieren ließ (handelspolitische Liberalisierung, Ausweitung der Entwicklungshilfe), war es weniger dringlich, sich über die Auswirkungen auf andere und über die damit verbundene Verantwortung Rechenschaft zu geben. Anders jedoch, wenn die Gemeinschaft dem Schutzbegehren einiger Sektoren nachgibt, wenn sie versucht, sich nach außen abzuschirmen und ihre eigenen Schwierigkeiten zu exportieren. Dann ist die Gefahr groß, dass die Gemeinschaft einen Teil des good will, den sie sich in der internationalen Staatengemeinschaft in den letzten zwanzig Jahren erworben hat, verspielt.⁴⁶

Gehler:

Was ist für die Gemeinschaft zu beachten, wenn sie über Europa hinaus mehr außen- und weltpolitischen Einfluss ausüben will?

Haferkamp:

Wer Einfluss ausübt, muss mit größter Sorgfalt und Umsicht die positiven und negativen Auswirkungen seiner Entscheidungen auf die Umwelt abwägen. In dieser Hinsicht hat die Gemeinschaft zweifellos noch einiges hinzuzulernen. Trotz ihres großen wirtschaftlichen und politischen Gewichts in den internationalen Beziehungen ist sie keine Großmacht. Sie kann und soll auch nicht die Rolle einer Möchte-Gern-Großmacht anstreben. In der gegebenen weltpolitischen Konstellation kommt ihr eher eine Verpflichtung zum Ausgleich zu. Machtpolitische Abstinenz ist aber nicht gleichbedeutend mit Passivität. Die Gemeinschaft kann sich aus der Verantwortung für die Mitgestaltung der internationalen Beziehungen nicht heraushalten. Sie muss aktiver und vorausblickender als bisher weltwirtschaftliche Entwicklungen zu beeinflussen versuchen.⁴⁷

46 Ebd. (1978), S. 7-8.

47 Ebd. (1978), S. 9.

Gehler:

Das ist offensichtlich bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen. Woran liegt es, dass die EG bisher zu wenige Anstöße gegeben und Impulse gesetzt hat?

Haferkamp:

Die Gründe für die bisher unzureichende Initiativkraft der Gemeinschaft sind zweifellos vielschichtig. Einer der wichtigsten ist aber sicherlich in ihrer gegenwärtigen institutionellen Struktur und besonders der unbefriedigenden Aufspaltung der Zuständigkeiten in Außenwirtschaftspolitik und sogenannte reine Außenpolitik (EPZ) zu suchen. Die institutionelle Struktur der Gemeinschaft ist unzureichend, wenn sie ihre Aufgaben als internationaler Ausgleichs- und Ordnungsfaktor wahrnehmen soll. Die EPZ ist der bescheidene Versuch, eine europäische Dimension in die Außenpolitik (im engeren Sinne) der Mitgliedstaaten einzuführen. Sie ist zugleich Ausdruck der Überzeugung, dass die Mitgliedstaaten nur noch gemeinsam ausreichendes politisches Gewicht in den internationalen Beziehungen besitzen. Dank der EPZ kommt es in stärkerem Maße zu einem abgestimmten Verhalten der Neun. Das sollte man in seiner Wirksamkeit nicht unterschätzen. Die Bedeutung diplomatischer Demarchen ist zweifellos ungleich grösser, wenn dahinter die Gemeinschaft mit ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht steht.⁴⁸

Gehler:

Was sind trotz aller Fortschritte die noch bestehenden Schwächen des derzeitigen Systems der EG?

Haferkamp:

Niemand kann jedoch – trotz aller Fortschritte, die die EPZ für ein gemeinsames Auftreten der Gemeinschaft nach außen gebracht hat – gewisse Schwächen des gegenwärtigen Systems übersehen.

Erstens: Der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess ist im politischen Bereich noch langsamer als im ökonomischen, sei es, weil oft der

48 Ebd. (1978), S. 9-10.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Zwang zu raschem Handeln fehlt, sei es, weil alle Mitgliedstaaten mit großem Bedacht auf der Einhaltung des Konsensprinzips bestehen.

Zweitens: Die Verknüpfung zwischen politischen und wirtschaftlichem Außenproblemen lässt zu wünschen übrig. EPZ und EWG werden als zwei Parallelen betrachtet, und diese berühren sich ja erst im Unendlichen. Sowohl in den nationalen Hauptstädten wie in Brüssel agieren EPZ und Gemeinschaft wie zwei weitgehend selbständige Stränge, obwohl die enge Verzahnung eigentlich im Interesse einer höchstmöglichen Effektivität der Außenbeziehungen selbstverständlich sein sollte.

Drittens: Nach wie vor ist die Fähigkeit von Gemeinschaft (und EPZ) zum Reagieren wesentlich stärker entwickelt als die Fähigkeit zu selbständigem Agieren aufgrund einer gemeinschaftlich festgelegten außenpolitischen Strategie, zu deren Umsetzung man sich aller Instrumente (politischer, wirtschaftlicher, solcher der Gemeinschaft und solcher der einzelnen Mitgliedstaaten) bedient.

Diese Schwierigkeiten können meines Erachtens auch nicht durch die Schaffung eines außenpolitischen Sekretariats in Brüssel überwunden werden. Ein zusätzlicher institutioneller Apparat würde eher zu noch größerem Auseinanderentwickeln führen als zu mehr Gemeinsamkeit.⁴⁹

Gehler:

Wie würden Sie die Beziehungen der EG zu den wichtigsten Industriestaaten als Handelspartner, insbesondere zu den USA charakterisieren?

Haferkamp:

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der bei weitem wichtigste Partner der Gemeinschaft. Das gilt bilateral in Bezug auf den Handel und auf die Investitionen in beiden Richtungen, in Bezug auf die Wirtschafts- und Währungspolitik, Verteidigungspolitik und vieles andere wichtige mehr. Die USA sind auch der wichtigste Partner in der multilateralen Zusammenarbeit in zahlreichen internationalen Organisationen. Es besteht zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten ein kooperatives

49 Ebd. (1978), S. 10-11.

Wilhelm Haferkamp

Arbeitsverhältnis. Es gibt keine gravierenden Spannungen. Es hat lange Zeit mehr oder weniger grundsätzliche Diskussionen gegeben, z.B. über das System der Agrarpolitik. Diese Systemdiskussion wird zur Zeit nicht weitergeführt, und sie wird wohl auch nicht wieder aufgenommen werden.

Die Vereinigten Staaten anerkennen und unterstreichen die positive Rolle der Europäischen Gemeinschaft als stabilisierender Faktor in Europa. Es ist dies nicht zuletzt deutlich geworden durch den demonstrativen Besuch des US-Vizepräsidenten Mondale wenige Stunden nach der Einführung des Präsidenten und des Vizepräsidenten in ihre Ämter im vorigen Jahr, der ihn in einige europäische Hauptstädte führte, und der in Brüssel begann. Dazu kommt die neuerliche Demonstration durch den Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei der Kommission in Brüssel vor wenigen Wochen.

Es gibt eine permanente Zusammenarbeit auf allen Ebenen mit der Administration der Vereinigten Staaten. Das schließt nicht aus – macht es im Gegenteil sogar möglich –, dass kritische Diskussionen geführt werden, dass z.B. an protektionistischen Maßnahmen unserer Agrarpolitik, unabhängig von der Systemdiskussion seitens der Amerikaner Kritik geübt wird ebenso wie an manchen Aspekten, z.B. der US-Energiepolitik von unserer Seite. Diese Gespräche verlaufen offen und freimütig und haben gute Ergebnisse. Das schließt nicht aus die harte Vertretung der jeweiligen Interessen etwa in internationalen Zusammenhängen. Das werden wir sicher in den nächsten Monaten bei den Verhandlungen der Tokio-Runde im GATT noch sehen. Die Zusammenarbeit ist gesichert. Es gibt förmliche, periodische Konsultationen und es gibt eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen.⁵⁰

Gehler:

Wie würden Sie die Beziehungen zu Japan kennzeichnen?

Haferkamp:

Was Japan angeht, so ist dieses Land für uns ein schwieriger Partner, einmal wegen einer leistungsfähigen Wirtschaft und wegen des Wettbewerbsdrucks, der von dort ausgeht auf die Drittmärkte und auf unsere eigenen Märkte innerhalb der Gemeinschaft. Japan ist wegen seines extremen

50 Ebd. (1978), S. 11-12.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Rohstoffmangels noch ungleich stärker als die Europäische Gemeinschaft in die Rolle des Fertigwarenexporteurs gedrängt. Es ist noch mehr als wir benötigt, sich einen Teil seiner Devisen durch Überschüsse auf den europäischen und amerikanischen Märkten zu verdienen. Der Zugang zum japanischen Markt ist für europäische Produkte und für europäische Unternehmungen schwierig. Das liegt teils an Hindernissen, die den Zugang zum japanischen Markt von japanischer Seite entgegengesetzt werden, sowohl im Bereich der Zolltarife als auch bei nicht-tarifären Hemmnissen der verschiedensten Art. Das liegt auch an der Struktur des Handels, das liegt an sozialen Strukturen, an der geographischen Entfernung. Es gibt eine Fülle von Schwierigkeiten, aber man kann nicht alles als böswillige non-tariff barriers ansehen und bezeichnen. Die japanische Sprache z.B., so schwierig sie ist, würde ich nicht als non-tariff barrier klassieren. Die Japaner haben ja auch unsere gelernt und gezeigt, was sie damit auf unseren Märkten machen können. Ich meine damit, dass es notwendig ist für uns, offensiv und nicht defensiv dieser Herausforderung zu begegnen. Wir müssen alles tun, damit das, was den Handel und den Zugang zum Markt in unzulässiger und unfairer Weise behindert, beseitigt wird. Aber wir sollten daneben sehen, dass wir durch verstärkte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und durch verstärkte Anstrengungen auf dem japanischen Markt offensiv werden. Die Abschottung der Gemeinschaft ist keine Lösung, und ich sehe mit Sorge die eine oder andere Zeitungsmeldung, die davon redet, dass man möglicherweise auf die Idee kommen könnte, den Zugang japanischer Autos auf europäische Märkte zu drosseln oder zu kontingentieren. Wir wären dann einen Schritt weiter auf dem gefährlichen Weg in den Protektionismus. Die Folgen würden nicht lange auf sich warten lassen. Die Abschottung ist keine Lösung. Unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der japanischen Herausforderung muss sich auf den Drittmärkten dieser Welt bewähren – in Asien, in Afrika, in Lateinamerika. Es genügt nicht, dass unsere Handelsbilanz mit dem japanischen Markt unmittelbar vollkommen ausgeglichen wäre.

Unser Verhältnis zu Japan ist stärker als zu den Vereinigten Staaten, rivalisierend, wenn Sie so wollen. Es besteht eine größere Rivalität um Absatzmärkte, Rohstoffmärkte und um den Vorsprung im technischen

Wilhelm Haferkamp

Know-how. Die institutionellen Kontakte sind ausreichend, wenngleich nicht so eng wie mit den Vereinigten Staaten. Es gibt formelle und informelle Konsultationen.⁵¹

Gehler:

Kommen wir zu den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA).

Haferkamp:

Was die EFTA-Staaten angeht, so besteht, wie Sie wissen, seit dem 1. Juli des vorigen Jahres [1977] für industrielle Produkte für die meisten eine Freihandelszone zwischen diesen Staaten und der Gemeinschaft. Damit wurden über zwanzigjährige Anstrengungen für Westeuropa erfolgreich zu Ende geführt. Das ist für uns eine entscheidende Tatsache, denn die Exporte der Gemeinschaft in die EFTA-Länder sind erheblich größer als unsere Exporte in die Vereinigten Staaten. Wir sollten für die Zukunft im Verhältnis zu den EFTA-Staaten uns auf zweierlei konzentrieren:

Da ist einmal das Problem der Größenverhältnisse, insbesondere auch nach der anstehenden Süderweiterung der Gemeinschaft. Hier muss sich die Europäische Gemeinschaft ihrer großen Macht bewusst sein und sorgfältig die Rückwirkungen ihrer eigenen Politik auf die Staaten berücksichtigen, die zur EFTA-Gruppe gehören.

Zweitens – wir müssen den Informationsmechanismus zwischen unserer Gemeinschaft und der EFTA in Fragen der Wirtschafts- und Außenbeziehungen verstärken. Hier geht es darum, dass wir unsere gesamteuropäischen Interessen stärker betonen, gleichzeitig aber die Funktions- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft nicht zusätzlich belasten.⁵²

Gehler:

Wie steht es um die Beziehungen der EG mit den so bezeichneten Entwicklungsländern?

51 Ebd. (1978), S. 12-14.

52 Ebd. (1978), S. 14.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzugengespräch mit Michael Gehler

Haferkamp:

Ich möchte da eine Vorbemerkung machen: Die Entwicklungsländer sind als einheitliche Gruppe nicht existent. Nur im Rahmen der „Gruppe 77“, d.h. als Interessenvertretung gegenüber Industrieländern in internationalen Gremien sind sie eine Art fiktive Einheit. Man muss sich ja die Frage stellen, was z.B. Saudi-Arabien, Brasilien und der Tschad in der gleichen Gruppe gemeinsam haben – offenbar nur die Zugehörigkeit zu der „Gruppe 77“. Der globale Dialog – das ist deshalb nicht so ganz unverständlich – der Entwicklungsländer und der Industrieländer wird zunehmend steril im Rahmen von UNCTAD, im Rahmen der UNO, der UNIDO und in anderen Konferenzen. Es gibt kaum Umsetzungen in eine operationelle weltweite Politik und damit ist auch kaum ein wirksamer positiver Einfluss auf wirtschaftliche Entwicklungen gegeben. Negativ ist, dass infolge der Heterogenität der Interessen der Entwicklungsländer oft unpraktikable, manchmal übertriebene Lösungen vorgeschlagen werden, da jeder irgendwie meint, auf seine Kosten kommen zu müssen. Die Politik der Gemeinschaft hat sich deshalb seit langem stärker und konkret auf bestimmte Untergruppen von Entwicklungsländern gerichtet, z.B. auf die schon erwähnten Länder Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes, auf Mittelmeerländer, auf arabische Länder, auf die ASEAN-Länder, lateinamerikanische Länder oder einzelne große Entwicklungsländer. Zwischen der globalen Politik der Deklamationen und den operationellen Beziehungen zwischen unserer Gemeinschaft und den einzelnen Gruppen von Entwicklungsländern klafft eine große Lücke. Das gilt für beide Seiten, z.B. sind die AKP-Staaten (Afrika, Karibik, pazifischer Raum), mit denen wir das Lomé-Abkommen haben, und die daraus beachtliche Vorteile ziehen, die radikalsten Verfechter des gemeinsamen Fonds in der UNCTAD – trotz unseres STABEX-Systems zur Stabilisierung der Einkommenserlöse.⁵³

Gehler:

Vor welchen zukünftigen Problemen steht die gemeinschaftliche Politik mit Blick auf ihr Verhältnis zu den sogenannten Entwicklungsländern?

53 Ebd. (1978), S. 14-15.

Haferkamp:

Für gemeinschaftliche Entwicklungspolitik sehe ich in der Zukunft vor allem zwei Probleme:

1. Eine größere geographische Ausgewogenheit. D.h. wir sollten in Zukunft Lateinamerika und Asien im Vergleich zu Afrika weniger stark vernachlässigen.

2. Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit bewahren. Das können wir nicht, wenn wir zwar die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung in diesen Entwicklungsländern fördern, uns dann aber gegen Exporte von Agrar- oder Industrierzeugnissen aus diesen Ländern schützen. Es ist auch wenig sinnvoll, mit der einen Hand allgemeine Zollpräferenzen zu geben und mit der anderen Abkommen zu unterschreiben, die die Einfuhr von Textilien aus Entwicklungsländern beschränken. Der Goodwill der Europäischen Gemeinschaften in den Entwicklungsländern in der Vergangenheit gründete sich vor allem auf großzügige und nicht-interventionistische finanzielle Hilfen und auf eine liberale Handelspolitik. Dieser Goodwill droht verlorenzugehen mit allen negativen politischen Folgen, wenn die protektionistische Abschirmung der Gemeinschaft weitergeht.⁵⁴

Gehler:

Wie ist das Verhältnis der EG zu Mittel- und Osteuropa zu beurteilen? Ist Brüssel zur Kooperation mit dem RGW bereit?

Haferkamp:

In Gesprächen, die eine Delegation der Kommission im vergangenen September mit einer Delegation des RGW hatte, sind für das erste Halbjahr 1978 Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem RGW vorgesehen. Die gegenwärtigen Beziehungen möchte ich wie folgt charakterisieren: Es existiert ein intensiver und steigender Handelsaustausch. Als Handelspartner für die Gemeinschaft ist Osteuropa einschließlich der Sowjetunion sicher mindestens so interessant wie Japan. Die osteuropäische Wirtschaft hatte in letzter Zeit stärkere Möglichkeiten,

54 Ebd. (1978), S. 16.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

sich nach Westen zu öffnen. Die weltweite Interdependenz in den ökonomischen Abläufen wirkt über alle Wirtschaftssysteme hinweg auch in diesem Bereich. Welche Auswirkungen die schon mehrfach zitierten protektionistischen Tendenzen der Gemeinschaft haben werden, wäre besonders zu untersuchen.

Es gibt nur wenige formale Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropa. Ausnahmen sind hier Textilabkommen, die wir mit Rumänien abgeschlossen haben und mit Polen und Ungarn verhandeln. Mit Rumänien stehen wir in Expertengesprächen, die möglicherweise zu weiteren Sektorenabkommen führen können. Es bestehen ständige de facto-Beziehungen zur Lösung von einzelnen Problemen, wie z.B. bei Agrarfragen oder jüngst aus Anlass der Schwierigkeiten der Stahlpolitik.

Die Europäische Gemeinschaft hat den Staatshandelsländern 1974 den Abschluss von allgemeinen Handelsverträgen angeboten. Dieses Angebot besteht weiterhin. Der aufgrund dieses Angebots bisher einzige Abschluss ist der mit der Volksrepublik China.

Was die künftigen Möglichkeiten angeht, so ist die Europäische Gemeinschaft zur Zusammenarbeit mit dem RGW bereit, in den Bereichen beiderseitiger Interessen und Zuständigkeiten. Daneben aber ist besonders im außenwirtschaftlichen Bereich nötig, die Stärkung der Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft mit einzelnen osteuropäischen Staaten. Das entspricht der unterschiedlichen Situation der Länder in jenem Bereich: einige sind Mitglieder des GATT, andere sind es nicht; ihre unterschiedliche ökonomische Situation: einige sind Rohstoffproduzenten, andere sind es nicht. Wir werden nach diesen praktischen Gesichtspunkten versuchen, die Zusammenarbeit zu fördern.⁵⁵

Gehler:

Sind innergemeinschaftliche Schwierigkeiten angesichts der verschiedenen Aufgabenbereiche und der unterschiedlichen mitgliedstaatlichen Interessenlagen im Grunde völlig normal und gar nicht anders zu erwarten?

55 Ebd. (1978), S. 16-17.

Haferkamp:

Es gibt häufig interne Schwierigkeiten in der Gemeinschaft: Fischereipolitik, Landwirtschaftspreise, Energie- und Forschungsfragen, Wirtschafts- und Währungsfragen. Es ist oft Kritik und Unmut geäußert worden und das wird sicher auch noch lange so bleiben. Aber keiner, der ihr jetzt angehört, wird es sich leisten können, diese Gemeinschaft zu verlassen. Und das mühsame Geschäft wird weitergehen.

Ich habe heute versucht, einen anderen Teil der Gemeinschaftswirklichkeit zu skizzieren. Auch bei diesem Teil gibt es Schwierigkeiten, gibt es Kritik, gibt es Unmut. Auch hier geht das mühsame Geschäft weiter. Aber hier zeigen sich auch besonders deutlich die Chancen, die uns gegeben sind – im eigenen Interesse und im Interesse unserer Partner in der Welt. Und es zeigt sich auch deutlich die große und tägliche Verantwortung, die wir alle haben, diese Chancen zu nutzen.⁵⁶

Gehler:

Kommen wir zu einem schon angesprochenen Punkt, nämlich dem Abschluss der Tokio-Runde 1979. In der Festschrift zu Ihrem 60. Geburtstag hat der ehemalige Premierminister von Luxemburg (1974-1979) und EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn (1981-1985) Folgendes in seinem Vorwort dazu festgehalten, was gleichzeitig auch ein schönes Schlusswort zu unserem Gespräch ist:

„Der Welthandel ist in Gefahr. Seit 10 Jahren geht das Gespenst des Protektionismus um. Schleichend und oft unsichtbar haben Handelshemmnisse überall in der Welt fast unaufhaltsam zugenommen. Die weltwirtschaftliche Krise, die enormen Anpassungserfordernisse in den Industrieländern und die Zahlungsbilanzprobleme von nie dagewesener Größenordnung in den Entwicklungsländern haben die Schutzreflexe und nationalen, engstirnigen Egoismen allenthalben verstärkt. Dennoch hat das Welthandelssystem bisher diesen Spannungen standgehalten. Es ist nicht zu dem gefürchteten protektionistischen Wettlauf gekommen. Dieser ist ein Menetekel geblieben. Dass Schlimmeres bisher verhütet werden konnte, ist nicht zuletzt der Europäischen Gemeinschaft zu danken. Der innergemeinschaftliche und innereuropäische Freihandel ist intakt geblieben. Wilhelm Haferkamp, als Vizepräsident der Kommission seit 1977 für die gemeinschaftlichen Außenwirtschaftsbeziehungen verantwortlich, gebührt

56 Ebd. (1978), S. 18.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

dafür Anerkennung. Er hat unter widrigsten Umständen immer wieder versucht, gegen protektionistische Strömungen anzusteuern. Sieht man von Textilien und Stahl ab, dann ist er erfolgreich gewesen. Zusammen mit anderen hat Haferkamp immer wieder vor einer protektionistischen Spirale, vor einem Rückfall in die Politik der dreißiger Jahre gewarnt. Er hat, ohne dogmatisch die „reine Lehre“ des Freihandels zu predigen, stets betont, dass unser europäischer Wohlstand nur im Rahmen einer gut funktionierenden internationalen Arbeitsteilung erhalten werden kann. Er hat immer wieder gefordert, einen großen westeuropäischen Freihandelsraum zu schaffen, vom Nordkap bis nach Gibraltar. Ohne sein Wirken gemeinsam mit Männern gleicher Grundauffassung wie Robert Strauss und Nobuhiko Ushiba, den damals für die Handelspolitik der USA und Japans Verantwortlichen, wäre die letzte große Handelsverhandlung im Rahmen des GATT, die Tokio-Runde von 1979, gewiss nicht erfolgreich abgeschlossen worden.⁵⁷

Gehler:

Thorns Worte zum Abschluss der Tokio-Runde fanden auch Bestätigung durch den von ihm erwähnten US-Verhandler Strauss, der in der erwähnten Festschrift zu Ihrem 60. Geburtstag in „A personal Tribute to Wilhelm Haferkamp“ sich folgendermaßen geäußert hat:

„It is a great privilege and pleasure for me to join in paying tribute to the Honorable Wilhelm Haferkamp on the occasion of his sixtieth birthday. Willi Haferkamp has been my friend and colleague for seven years and it is very appropriate that his many friends around the world should take this opportunity to reflect on the many accomplishments of this outstanding European statesman. I must begin by saying that I am not objective about Willi. He is a treasured and respected personal friend.

Without Willi Haferkamp, the historic Tokyo Round of Multilateral Trade Negotiations could never have been brought to a successful conclusion and the world trading system strengthened. When I first met him in Brussels in the Spring of 1977, the Tokyo Round negotiations were quite moribund. In May, 1977, at the Downing Street Summit the mood of the heads of state of the major industrialized countries was very negative indeed. Given the global economic conditions, this was hardly surprising. Total employment in some of their countries was lower than it had been in many years. Support for an international cooperative approach to common problems seemed to be faltering, particularly within the European Community. The question was

57 Vorwort von Gaston E. Thorn, in: Die Zukunft des Welthandels. Protektionismus oder offener Welthandel? The Future of World Trade. Freedom or Protectionism. Festschrift für Wilhelm Haferkamp zum 60. Geburtstag (mit Beiträgen von Raymond Barre, William E. Brock, Etienne Davignon, Manfred Lahnstein, Peter Rees, Eberhard Rhein, Robert S. Strauss, Gaston Thorn, Nobuhiko Ushiba, Edmond Wellenstein, Baden-Baden 1983, S. 7.

Wilhelm Haferkamp

whether to continue the negotiations at all.

At the Downing Street Summit, two people played a particularly unique and positive role. Prime Minister Fukuda of Japan and President Carter of the United States. Mr. Fukuda was the only one of the world leaders present at the London Economic Conference held in the early 1930's and he recalled for the group that the Conference had ended in failure – it was adjourned subject to being reconvened at a later date, an event that never occurred. The Prime Minister noted that following that failure came global protectionism and the Depression, within which lay the seeds of the Second World War. Prime Minister Fukuda and President Carter were absolutely determined that these circumstances would not be repeated.

It was against this discouraging backdrop that Willi Haferkamp and I undertook jointly to revive the Tokyo Round of Multilateral Trade Negotiations. Although at the Downing Street Summit President Carter and Prime Minister Fukuda had spoken out in favor of reviving the negotiations, theirs was not the most difficult of domestic political problems. The most difficult political obstacles of all lay before the Commission of the European Community. If considerable effort was necessary for the United States and Japan to rally support for the Tokyo Round, nothing short of political courage would suffice to bring together the nine member states of the Community and convince them that it was better to go forward with the negotiations than to abandon them. This was Willi Haferkamp's task and it was to become his outstanding accomplishment. Through three years of technically complex and politically difficult negotiations, Willi Haferkamp ably and effectively represented the EC while skillfully advancing the negotiations to a successful conclusion.

Time after time it appeared that the negotiations were breaking down. The personal relationship of mutual trust that Willi and I had developed enabled us to talk candidly and frankly, sharing each other's problems. We were able to informally agree on items that did not at the specific time have formal sanctions. He always kept his word and I did my best to fully reciprocate. Today, in the light of the current difficulties of the world economy, the success of the Tokyo Round of Multilateral Trade Negotiations has become all the more vital. That this most complex and elaborate economic negotiation in history was concluded successfully in the face of truly formidable technical complexities and despite unfavorable economic and political circumstances is a monument of international cooperation. The example of leadership and statesmanship that Willi Haferkamp gave us during the Tokyo Round offers hope for international cooperation in an increasingly dangerous world.⁵⁸

Gehler:

Mehr braucht nicht mehr hinzugefügt werden.

58 Ebd. (1983), S. 9-10.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung
Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Sehr geehrter Herr Haferkamp! Haben Sie den Dank der interessierten Leser und des rückblickenden Gesprächspartners, der anhand wesentlicher Ihrer Beiträge und Vorträge Äußerungen und Gedanken von Ihnen damit hat Revue passieren lassen können.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 268 (2021) Daniel René Jung, Wolfgang Picken, Matteo Scotto, Liska Wittenberg (eds.)
Corona und die Verfassung Europas
- C 269 (2022) Ludger Kühnhardt
Karl Dietrich Bracher (1922-2016). Aus der Geschichte lernen.
- C 270 (2022) Michael Gehler
The Signing of the Rome Treaties 65 Years Ago: Origins, Provisions and Effects
- C 271 (2022) Milenko Petrovic
EU enlargement into the Western Balkans: a gloomy prospect gets gloomier
- C 272 (2022) Merit Thummes
Europäische Parteien als Antrieb für die europäische Integration?
- C 273 (2022) Henrik Suder
Die Wirkung der Staatsschuldenkrise auf das Legitimitätsniveau der Europäischen Union
- C 274 (2022) Ludger Kühnhardt
Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“
- C 275 (2023) Kateryna Khalabuzar
The Evolution of the EU's Perception Towards Ukraine
- C 276 (2023) Simon Jerome Dietewich
Kritische Rohstoffe in der EU – Herausforderungen und Handlungsfelder
- C 277 (2023) Ludger Kühnhardt
Die Päpste, Europas Einigung und ein zerrissener Kontinent
Eine Zwischenbilanz im Lichte der gegenwärtigen Krisen in Kirche und Welt
- C 278 (2023) Ralf Dahrendorf
Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 279 (2023) Koen Verhelst
A geopolitical gem How Greenland can be a test case for a more ambitious EU
- C 280 (2023) Matti Wiberg
Keep calm and join NATO
Finland's and Sweden's road to the military-political alliance
- C 281 (2024) Ludger Kühnhardt
Hans-Peter Schwarz
(1934-2017) Politik und Zeitkritik
- C 282 (2024) Dušan Brujić
Africa – EU Relations:
The evolution of an agenda of partnership
- C 283 (2024) Wilhelm Haferkamp
Europäische Integration aus historischer Erfahrung
Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

